

Rats-Update Nr. 15

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. September 2023

14 Wochen (inklusive Sommerpause) waren seit der letzten Sitzung des Duisburger Stadtrates vergangen. Allerdings bedeutete das nicht 14 Wochen Pause für die Mandatsträger, denn bereits seit Mitte August tagten die verschiedenen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und sonstigen politischen Gremien, deren Beratungen jetzt in der Ratssitzung am 18. September ihren Abschluss fanden.

Livestream-Übertragung der Ratssitzung

Eine wesentliche Neuerung prägte diese Ratssitzung viel deutlicher, als es viele Teilnehmer vorher erwartet hatten. Denn vor der Sommerpause hatte der Stadtrat beschlossen, diese und die weiteren 4 Sitzungen per Livestream im Internet zu übertragen (direkt auf der Homepage der Stadt Duisburg).

Was unspektakulär klingt, erwies sich als regelrechter „Motivator“ für die Anzahl und die Art der Wortmeldungen. So fiel bereits zu Beginn auf, dass der Oberbürgermeister und der SPD-Vorsitzende Reden hielten, die im Stil (und im Selbstlob) kämpferischen Parteitagsreden glichen. Auch zu späterer Stunde wurde kaum ein Thema unkommentiert gelassen, was in der Vergangenheit auffallend anders war. Denn bei den meisten Beschlüssen haben die inhaltlichen Beratungen ja bereits in den vorhergehenden Ausschüssen stattgefunden und der Rat muss nur noch die Abschlussabstimmung vornehmen. Der neue Livestream mit seinen 3 Kameras reizte offenbar zu zahlreichen Wortmeldungen.

Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern

Zu Beginn dieser Sitzung stand die Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern, da seit der letzten Ratssitzung sowohl in der SPD als auch bei den Grünen jeweils ein Ratsmitglied ausgeschieden war. Dazu sprachen „die Neuen“ eine Verpflichtungsformel, wie sie nach der Gemeindeordnung vorgegeben ist.

Haushaltsplan für 2024

Die Verwaltung hatte in den vergangenen Monaten den städtischen Haushaltsplan für 2024 zusammengestellt, der in dieser Sitzung vom Oberbürgermeister und vom Stadtkämmerer präsentiert wurde.

Während der Kämmerer Martin Murrack stolz darauf hinwies, dass die Stadt Duisburg inzwischen rund eine Milliarde Euro Schulden abgebaut hat und nun tatsächlich ein positives Eigenkapital in Höhe von 150 Mio. Euro aufweist (obwohl im Jahre 2014 noch ein negatives Eigenkapital von 447 Mio. Euro vorlag), ergoss sich der OB in Lobeshymnen auf sich und seine Genossen. Der Kämmerer befand, dass der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Leistung vollbracht hätten. Der OB konnte diesen Erfolg nur bei sich und der Ratsmehrheit von SPD/CDU sehen.

Der Kämmerer fasste die wesentlichen Zahlen zusammen: der städtische Haushalt 2024 hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Die Zinslast steigt durch die Erhöhung des Leitzinses der EZB stark an und erfordert im kommenden Jahr rund 40 Millionen Euro. Alle Energie- und Baukosten wachsen dramatisch, ebenso wie die Personalkosten durch den hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, der auch in den folgenden Jahren zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

Entgegen allen Erwartungen haben sich die Gewerbesteuereinnahmen extrem gut entwickelt, was die Merkwürdigkeit zur Folge hat, dass das Land NRW deutlich weniger Geld (Schlüsselzuweisungen) an Duisburg auszahlen wird. Im kommenden Jahr sind rund 88 Millionen Euro weniger zu erwarten. Zudem muss Duisburg dadurch deutlich mehr Zahlungen an den LVR und andere Verbände leisten.

Trotz der positiven Entwicklung warnte der Kämmerer angesichts der zahlreichen Krisen und Mehrkosten vor allzu großer Euphorie. Zur Erläuterung erklärte er, dass für 2024 zunächst mehrere Millionen Euro Überschuss geplant waren, die jedoch im Laufe der Berechnungen auf ca. 500.000 Euro zusammenschrumpften. Immerhin handelt es sich um einen kleinen Überschuss, nachdem in früheren Jahren stets Neuverschuldungen erforderlich waren, um den Haushalt auszugleichen. Wirklich neu ist, dass die Stadt der Finanzaufsicht den Haushaltsplan jetzt nur noch mitteilen muss, jedoch keine Genehmigung mehr einholen muss. Duisburg darf ab jetzt also frei über sein Geld verfügen.

Neustrukturierung des Suchthilfeverbundes e.V.

Im Hinblick auf die geplante Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes in Duisburg, hatte die Politik die Verwaltung gebeten, die Strukturen des Suchthilfeverbundes so zu verändern, dass die Interessen der Stadt sichergestellt sind und eine politische Begleitung der Arbeit des Vereins möglich ist.

Nach den Gesprächen und der Prüfung verschiedener Alternativen wurde dem Stadtrat jetzt das Ergebnis präsentiert. Demnach wird die Vereinsform beibehalten, jedoch werden Vorstand und Geschäftsführung getrennt und es wird ein 6köpfiger politischer Beirat gegründet, dem zwei Vertreter der SPD und jeweils ein Vertreter der CDU, der Grünen, der AfD und der Linken angehören werden. Die Fraktionsgröße der FDP reicht leider nicht aus, um in einem 6er Gremium vertreten sein zu können. Allerdings bestehen dennoch gute Kontakte zum Suchthilfeverbund.

Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung

Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses hatten einen „Aktionsplan Queer“ gefordert. Die Verwaltung hat sich daraufhin mit diesem Thema beschäftigt und in der vorliegenden Beschlussvorlage erklärt, dass viele andere Städte bereits einen derartigen Plan besitzen. Die Erstellung dieser Pläne wurde fast immer durch Beraterfirmen durchgeführt und dauerte im Durchschnitt zwei bis drei Jahre.

Erwartungsgemäß gab es zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema, wobei die AfD sich grundsätzlich gegen einen Plan aussprach und die Grünen massiv monierten, dass der zu erstellende Plan „Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung“ heißen soll und nicht die Abkürzung „LGBTQ“ im Namen tragen soll. Letztendlich entschied sich der Rat mehrheitlich dafür, einen derartigen Plan (für ca. 25.000 Euro) erstellen zu lassen.

Neuorganisation der städtischen Immobilienwirtschaft

Nachdem der Stadtrat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, das IMD aufzulösen und die gesamte städtische Immobilienverwaltung neu zu organisieren, hatte die Stadtverwaltung nun einen konkreten Plan vorgelegt, wonach alle Schulgebäude und die dazugehörigen Turnhallen zukünftig von den Wirtschaftsbetrieben betreut werden sollen und alle anderen städtischen Gebäude von der Gebag. Über alle finanziellen Angelegenheiten soll die Verwaltung selbst bestimmen.

Zur Umsetzung sollen zwei sogenannte „Sondervermögen“ gegründet werden, nach dem Vorbild der Kindertageseinrichtungen, für die es in der Stadt bereits ein Sondervermögen gibt. Im Grunde kann man sich die „Sondervermögen“ wie Gesellschaften vorstellen, nur ohne Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführung und Mitarbeiter. Für die bisherigen Mitarbeiter des IMD sollen mehrere Optionen zur Verfügung stehen, wonach sie zur WDB, der Gebag oder in die Stadtverwaltung wechseln können.

All dies wurde im Vorfeld der Ratssitzung in den Gremien diskutiert und schien unstrittig zu sein. Überraschenderweise meldete die CDU-Fraktion zu Beginn der Ratssitzung an, dass sie noch Beratungsbedarf hätte und so wurde dieses Thema im letzten Moment von der Tagesordnung genommen.

„Stoffwindelbezuschussungsfond“

An Tagesordnungspunkt 27 stand eine von der Verwaltung vorbereitete Antwort an eine Petentin, die einen Bürgerantrag nach §24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht hatte. Sie hatte angeregt, dass die Stadt einen Fond für die Benutzung von Stoffwindeln einrichten möge. Damit sollte das Müllaufkommen durch Einwegwindeln vermieden werden. Falls die Stadt diese Idee tatsächlich realisieren und jedes Neugeborene mit 75,- Euro bezuschussen würde, entstünden jährliche Kosten in Höhe von knapp 350.000 Euro. Die Stadtverwaltung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und teilte dem Stadtrat jetzt ihre ablehnende Antwort an die Petentin mit. Demnach gibt es zahlreiche zertifizierte und nachhaltige Einwegwindeln und zudem erfordert das Waschen und die hygienische Handhabung der Stoffwindeln eine gewisse Aufklärung und die Ausstattung mit entsprechenden Waschmaschinen. Beides ist nach Auskunft der Verwaltung in vielen Duisburger Haushalten nur spärlich vorhanden. Einstimmig bestätigte der Stadtrat die Ablehnung dieses Vorschlags.

Optimierung des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich-Beeck

Die DVG hatte einige Änderungen des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich vorgeschlagen, die dem Stadtrat jetzt vorgelegt wurden. Auch hier nutzte der SPD-Vorsitzende die Gunst der Stunde (also die Livestream-Übertragung), um überschwänglich die Initiative der SPD zu loben, da der Landschaftspark Nord (LaPaNo) jetzt endlich eine eigene Bushaltestelle direkt vor dem Eingang bekomme.

Umbau des Sternbuschwegs

In einer weiteren Vorlage beschloss der Stadtrat die Umgestaltung und den großflächigen Umbau des Sternbuschwegs in Neudorf, bei dem (nach jetzigem Stand) Kosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro entstehen werden. Die vorgelegten Pläne der Verwaltung wurden kontrovers diskutiert: während für die einen der Autoverkehr zu sehr beeinträchtigt werden soll, wird er für die anderen zu wenig eingeschränkt, so dass Grüne und Linke sogar gegen den Umbau der Straße stimmten. Alle anderen Fraktionen genehmigten die Umbaupläne, die eine Beteiligung der Anlieger nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes auslösen werden.

Neue Feuerwache an Stelle der Rhein-Ruhr-Halle

Der Löschzug 310 der freiwilligen Feuerwehr soll auf dem Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle ein neues Gerätehaus mit angeschlossenem Schulungszentrum erhalten. Die erforderlichen Planungskosten in Höhe von 750.000 Euro beschloss der Stadtrat einstimmig. Für den Neubau werden (nach jetzigem Stand) rund 5 Millionen Euro veranschlagt.

Vor einigen Jahren gab die Stadt bekannt, dass an der Stelle der Rhein-Ruhr-Halle planungsrechtlich nichts Neues gebaut werden dürfe, da der Abstand zur Autobahn und zu den nahegelegenen Grillo-Werken zu gering sei. Warum es jetzt möglich ist, an dieser Stelle eine Feuerwache mit einem Schulungszentrum zu errichten, erklärte die Verwaltung in der Beschlussvorlage nicht. Allerdings freuten sich die Ratsmitglieder so über die Möglichkeit, eine neue Feuerwache zu errichten, dass es keine detaillierten Nachfragen gab, sondern nur uneingeschränkte (einstimmige) Zustimmung.

Sanierung des Stadttheaters

Dass das Duisburger Stadttheater saniert werden muss, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Allerdings ist bis heute nicht klar, in welchem Umfang die Sanierung durchgeführt werden muss. Es könnte sogar zu einem großen Teilabriss mit anschließendem Neubau kommen. Das alles soll in einer Machbarkeitsstudie, für die Kosten in Höhe von ca. 400.000 Euro anfallen, geklärt werden, die der Stadtrat jetzt einstimmig bei der DIG (Duisburger Infrastrukturgesellschaft) in Auftrag gab.

Zu diesem Thema lag ein Antrag der Fraktion JuDu vor, die erklärten, dass es bereits vor zwei Jahren eine Studie zur Sanierung des Theaters gegeben habe, aus der die Fachverwaltung im Kulturausschuss zwar immer wieder mal zitierte, die der Politik jedoch nie ausgehändigt wurde. Dementsprechend forderte JuDu jetzt die Vorlage dieser ersten Studie. Überraschenderweise wehrten sich der Oberbürgermeister und der zuständige Dezernent Linne extrem gegen die Herausgabe dieser Studie. OB Link erklärte, dass man nichts Besonders oder „*mysteriöses*“ in diese Studie hineininterpretieren solle und dass er die alte Studie erst veröffentlichen wolle, wenn die neue Studie fertig sei.

Darüber kam es zu längeren heftigen Diskussionen und zu der Ankündigung einzelner Mandatsträger, hier eine Akteneinsicht im Sinne der Gemeindeordnung einzufordern. Üblicherweise steht die SPD (und meist auch die CDU) zu „ihrem“ Oberbürgermeister, was bedeutet, dass wenn er etwas nicht will, die beiden Fraktionen auch dagegen stimmen. Überraschenderweise stimmte der Stadtrat einstimmig(!) dafür, die frühere Studie zur Sanierung des Stadttheaters zu veröffentlichen - und zwar sofort und nicht erst nach Erstellung der neuen Studie. Ob SPD und CDU dem OB hier bewusst die Gefolgschaft versagten oder ob die Abstimmung ein Missverständnis war, ist nicht bekannt.

Wirtschaftsplan 2023 für DuisburgSport

Nach der Pause und zahlreichen Wortbeiträgen zu ´alltäglichen´ Schulthemen (die früher stets kommentarlos beschlossen wurden) lag der Wirtschaftsplan von DuisburgSport vor. Irritierend war, dass es sich um den Finanzplan für das Jahr 2023 handelte, welches in gut drei Monaten bereits vorbei ist. Der zuständige Dezernent Linne erklärte, dass es dafür „*gute Gründe*“ gäbe, wie z.B. den Ukrainekrieg oder die Energiekrise, was zu Recht von einigen Ratsmitgliedern (u.a. auch von Wilhelm Bies) kritisiert wurde. Verschärfend kam hinzu, dass auch der Wirtschaftsplan 2022 schon so spät erstellt wurde.

Aus diesem Grunde beantragten die Grünen, dass das Rechnungsprüfungsamt damit beauftragt werden solle, die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen von DuisburgSport zu prüfen. Dagegen wehrten sich SPD und CDU und warfen den Grünen vor, bei der Gesellschaft für einen Vertrauensverlust zu sorgen, der nicht gerechtfertigt sei. Wilhelm Bies erklärte, dass der Rat ein Zeichen setzen solle, damit die Gesellschaft erkenne, dass sie nicht machen könne, was sie wolle. Die meisten Ratsfraktionen stimmten dem Antrag der Grünen zu, die SPD-CDU-Mehrheit lehnte ihn jedoch ab.

Kommunale Wärmeplanung

Im weiteren Verlauf der Sitzung beauftragte der Stadtrat die Verwaltung (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken) mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Dieses Thema provozierte zahlreiche Wortmeldungen, bei denen es zumeist um die Eskapaden bei der Erstellung des entsprechenden Gesetzes ging. Auch Oberbürgermeister Sören Link ließ sich mehrfach dazu hinreißen, relativ scharf den Bundeswirtschaftsminister zu kritisieren. Die AfD lehnte die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung vollständig ab. Den Grünen hingegen kann es nicht schnell genug gehen, weshalb sie einen Zusatzantrag stellten, wonach der zu erstellende Plan bereits bis 2025 fertig sein muss. Nach langen Diskussionen stimmten jedoch nur Grüne, Linke und Tierschutz/DAL dem Zusatzantrag zu, so dass es für die Stadtverwaltung nun kein Zeitlimit für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung gibt.

Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Seit längerer Zeit beraten die politischen Gremien die Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes, wie er in anderen größeren Städten bereits relativ erfolgreich betrieben wird. Inzwischen gibt es ein Konzept, indem das Angebot und Art der Einrichtung und z.B. die Öffnungszeiten geregelt wurden. Insofern musste der Stadtrat jetzt nur noch „den Segen geben“, sodass die Verantwortlichen sich auf die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten machen können. Einig war man sich bisher dabei, dass es ein Raum bzw. Gebäude in der Nähe des Kantparks und des Hauptbahnhofes sein soll.

Die Fraktion JuDu kam jetzt auf die Idee, keinen festen Drogenkonsumraum einzurichten und stattdessen „mobile Alternativen“ anzubieten, also ein oder mehrere sogenannte Drogenkonsummobile. Dieser Antrag löste eine lange Debatte aus, wobei die meisten Redner/innen der JuDu-Fraktion Ahnungslosigkeit in diesem Thema vorwarfen. Die CDU wies darauf hin, dass sämtliche mobilen Angebote in anderen Städten bereits gescheitert seien und man unbedingt eine stationäre Hilfe anbieten müsse, notfalls auch an mehreren Stellen, jedoch nicht wie ein „Bücherbus“ ohne feste Anlaufstelle. Für den Antrag von JuDu stimmten nur die Fraktionen von JuDu und die AfD, alle anderen Fraktionen lehnten die Idee ab und beschlossen die Einrichtung eines ortsgebundenen Drogenkonsumraumes.

Wasserstoff-Hub

Ein weitere Beschlussvorlage an diesem Tag hatte folgenden Wortlaut: *„Der Rat der Stadt Duisburg stimmt dem Entwurf des Kooperationsvertrags mit der thyssenkrupp Steel Europe AG über die gemeinschaftliche Entwicklung eines Wasserstoff-Hubs für die Rhein-Ruhr-Region auf dem Gelände des ehemaligen Grobblechwerks von tkSE im Stadtteil Duisburg-Hüttenheim zu.“*

ThyssenKrupp und die Stadt Duisburg beabsichtigen demnach zu prüfen, ob das Gelände des ehemaligen Grobblechwerks in Hüttenheim für eine wasserstoffaffine Nutzung entwickelt werden könne. Es soll untersucht werden, ob die folgenden Bausteine eines Wasserstoff-Hubs auf dem Areal errichtet werden können: Wasserstoff-Gewerbegebiet H2 (nachhaltiges Gewerbegebiet), Wasserstoff-Campus H2 (Forschung und Entwicklung, Netzwerke etc.), Wasserstoffproduktion und Lagerung. Mit der Entwicklung soll die „NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH“ beauftragt werden. Nachdem zahlreiche Redner/innen das Projekt gelobt hatten, stimmte der Rat einstimmig zu.

FDP-Antrag „Duisburg ist echt unsichtbar“

An Top 63 wurde der Antrag der FDP-Fraktion beraten, den die Partei auf dem letzten Kreisparteitag beschlossen hatte, wonach die Stadt anstreben solle, dass die Autobahnbeschilderungen in Richtung Duisburg irgendwann auch einmal mit „Richtung Duisburg“ ausgeschildert sein sollen und nicht „Richtung Oberhausen“, wie es jetzt der Fall ist. Ratsherr und Parteivorsitzender Oliver Alefs erläuterte und begründete den Antrag, der von vielen Ratsmitgliedern der anderen Fraktionen eher ironisch kommentiert wurde. Die eigentliche Intention des Antrags, dass die Stadt wenigstens den Wunsch äußert und sich eventuell auch das langfristige Ziel setzt, dass die Beschilderungen der Autobahnen irgendwann einmal anders aussehen sollten, konnten oder wollten die anderen Fraktionen nicht erkennen. Dementsprechend stimmten alle anderen Fraktionen gegen den FDP-Antrag.

Anfragen

Es folgen viele Anfragen der Fraktionen und einzelner Ratsmitglieder, die überraschenderweise alle sofort von den Dezernenten beantwortet wurden. Früher hatte der Oberbürgermeister stets nur schriftliche Antworten verfassen lassen, die dann später im Protokoll abgedruckt wurden. Allerdings vergingen dabei mitunter Monate bis zur Antwort auf aktuelle Fragestellungen. Nachdem der Ältestenrat sich darüber ausgetauscht hatte, lässt der OB die Dezernenten sofort auf die meisten Anfragen antworten.

Schulsozialarbeit

Zum Sachstand der Schulsozialarbeit in Duisburg hatte die Verwaltung einen Bericht vorbereitet, der dem Rat zur Kenntnis vorgelegt wurde. Bei derartigen Vorlagen, bei denen es um keinen Beschluss geht, sondern nur um die Beachtung des Themas, erfolgten in den bisherigen Ratssitzungen selten Wortmeldungen. Aber diesmal provozierten wohl die laufenden Kameras zahlreiche Wortmeldungen, obwohl es bei diesem Thema eigentlich keinen Dissens zwischen den Fraktionen gab.

Vornehmlich ging es um die Sorge, dass das Land die bisherige finanzielle Unterstützung für Schulsozialarbeit kürzen könnte. Gegen die Forderung einiger Ratsmitglieder, dass die Stadt dann die Kosten übernehmen müsse, wehrte sich der Oberbürgermeister mit der Argumentation, dass dies ein fatales Zeichen an das Land wäre. Er befürchte, dass das Land dann noch viele andere Zuschüsse kürzen oder gar streichen könne, ohne dass die Kommunen sich dagegen wehren würden.

Mehr Gehalt für den OB und die Dezernenten

Da eine Volkszählung im Jahr 2022 ergeben hatte, dass die Stadt Duisburg 502.211 Einwohnerinnen und Einwohner hat, also die 500.000er Marke überschritten hat, stehen dem Oberbürgermeister und den Dezernenten höhere Gehälter zu. Die neuen Eingruppierungen werden nicht vom Rat beschlossen, sondern ergeben sich automatisch aus dem Beamtenrecht. Das Gehalt des Oberbürgermeisters steigt von Besoldungsgruppe B10 auf B11. Das Gehalt des Stadtdirektors von B6 auf B8 und die Gehälter der anderen Dezernenten von B5 auf B7, was bedeutet, dass der OB jetzt ein monatliches Gehalt von knapp über 15.000 Euro erhält und die Dezernenten etwas über 11.000 Euro.

Duisburger Absage an die Frauen-Fußballweltmeisterschaft

In einer weiteren Mitteilungsvorlage teilte die Verwaltung dem Rat mit, dass man sich gezwungen sah, die Bewerbung der Stadt als Mitausrichter der Frauen-Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2027 zurückzuziehen, da das Stadiondach sanierungsbedürftig ist und bis 2027 nicht adäquat repariert oder erneuert werden kann. Zu diesem Thema gab es erwartungsgemäß zahlreiche Wortmeldungen. Oft wurde moniert, dass die Reparatur oder Erneuerung des Stadiondaches offenbar länger als vier Jahre dauern soll. Der Oberbürgermeister bedauerte ebenfalls die Absage, erläuterte jedoch, dass es gegebenenfalls zu hohen Regressansprüchen führen könne, wenn man nicht jetzt die Reißleine gezogen hätte.

Antrag der Grünen: Hochfelder Einkaufsstraße für Autos sperren

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung stand noch ein strittiger Antrag der Grünen auf der Tagesordnung. Sie wollten die Haupteinkaufsstraße in Hochfeld, die Wanheimer Straße, für den Autoverkehr sperren, was zahlreiche gegnerische Wortmeldungen erzeugte. Auf jede Wortmeldung erfolgte sofort eine Erwiderung der Grünen, so dass sich die Diskussion extrem in die Länge zog, obwohl nahezu alle Redner und Rednerinnen sich gegen den Antrag aussprachen. Oft wurde der Antrag als Träumerei, weltfremd oder sogar als Blödsinn bezeichnet. Eine Rednerin erinnerte daran, dass auch die Verkehrsströme zur IGA 2027 durch diese Straße fließen sollen. Nur Grüne und Linke stimmten für diesen Antrag, alle anderen Ratsfraktionen lehnten ihn ab.

Antrag der Linken: 19-Euro-Ticket einführen

Ein ähnlich umstrittener Antrag kam danach noch von den Linken, denen weder das 49-Euro-Ticket des Bundes noch das 39-Euro Ticket des Landes günstig genug ist. Sie wollten, dass in Duisburg im Nahverkehr ein 19-Euro-Ticket eingeführt wird. Die Grünen störte im Antrag lediglich, dass die Landesregierung aufgefordert werden sollte, ein noch billigeres Ticket zu ermöglichen, ansonsten stimmten sie dem Antrag der Linken zu. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Linken ab.

Um 21:05 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung, mit 11 Tagesordnungspunkten folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist bereits für den 28. September 2023 geplant. Es handelt sich um eine Sondersitzung zum Umbau der A59 und der Neustrukturierung des IMD.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

 FDP-Fraktionsgeschäftsführer

Rats-Update Nr. 15

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. September 2023

14 Wochen (inklusive Sommerpause) waren seit der letzten Sitzung des Duisburger Stadtrates vergangen. Allerdings bedeutete das nicht 14 Wochen Pause für die Mandatsträger, denn bereits seit Mitte August tagten die verschiedenen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und sonstigen politischen Gremien, deren Beratungen jetzt in der Ratssitzung am 18. September ihren Abschluss fanden.

Livestream-Übertragung der Ratssitzung

Eine wesentliche Neuerung prägte diese Ratssitzung viel deutlicher, als es viele Teilnehmer vorher erwartet hatten. Denn vor der Sommerpause hatte der Stadtrat beschlossen, diese und die weiteren 4 Sitzungen per Livestream im Internet zu übertragen (direkt auf der Homepage der Stadt Duisburg).

Was unspektakulär klingt, erwies sich als regelrechter „Motivator“ für die Anzahl und die Art der Wortmeldungen. So fiel bereits zu Beginn auf, dass der Oberbürgermeister und der SPD-Vorsitzende Reden hielten, die im Stil (und im Selbstlob) kämpferischen Parteitagsreden glichen. Auch zu späterer Stunde wurde kaum ein Thema unkommentiert gelassen, was in der Vergangenheit auffallend anders war. Denn bei den meisten Beschlüssen haben die inhaltlichen Beratungen ja bereits in den vorhergehenden Ausschüssen stattgefunden und der Rat muss nur noch die Abschlussabstimmung vornehmen. Der neue Livestream mit seinen 3 Kameras reizte offenbar zu zahlreichen Wortmeldungen.

Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern

Zu Beginn dieser Sitzung stand die Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern, da seit der letzten Ratssitzung sowohl in der SPD als auch bei den Grünen jeweils ein Ratsmitglied ausgeschieden war. Dazu sprachen „die Neuen“ eine Verpflichtungsformel, wie sie nach der Gemeindeordnung vorgegeben ist.

Haushaltsplan für 2024

Die Verwaltung hatte in den vergangenen Monaten den städtischen Haushaltsplan für 2024 zusammengestellt, der in dieser Sitzung vom Oberbürgermeister und vom Stadtkämmerer präsentiert wurde.

Während der Kämmerer Martin Murrack stolz darauf hinwies, dass die Stadt Duisburg inzwischen rund eine Milliarde Euro Schulden abgebaut hat und nun tatsächlich ein positives Eigenkapital in Höhe von 150 Mio. Euro aufweist (obwohl im Jahre 2014 noch ein negatives Eigenkapital von 447 Mio. Euro vorlag), ergoss sich der OB in Lobeshymnen auf sich und seine Genossen. Der Kämmerer befand, dass der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Leistung vollbracht hätten. Der OB konnte diesen Erfolg nur bei sich und der Ratsmehrheit von SPD/CDU sehen.

Der Kämmerer fasste die wesentlichen Zahlen zusammen: der städtische Haushalt 2024 hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Die Zinslast steigt durch die Erhöhung des Leitzinses der EZB stark an und erfordert im kommenden Jahr rund 40 Millionen Euro. Alle Energie- und Baukosten wachsen dramatisch, ebenso wie die Personalkosten durch den hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, der auch in den folgenden Jahren zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

Entgegen allen Erwartungen haben sich die Gewerbesteuereinnahmen extrem gut entwickelt, was die Merkwürdigkeit zur Folge hat, dass das Land NRW deutlich weniger Geld (Schlüsselzuweisungen) an Duisburg auszahlen wird. Im kommenden Jahr sind rund 88 Millionen Euro weniger zu erwarten. Zudem muss Duisburg dadurch deutlich mehr Zahlungen an den LVR und andere Verbände leisten.

Trotz der positiven Entwicklung warnte der Kämmerer angesichts der zahlreichen Krisen und Mehrkosten vor allzu großer Euphorie. Zur Erläuterung erklärte er, dass für 2024 zunächst mehrere Millionen Euro Überschuss geplant waren, die jedoch im Laufe der Berechnungen auf ca. 500.000 Euro zusammenschrumpften. Immerhin handelt es sich um einen kleinen Überschuss, nachdem in früheren Jahren stets Neuverschuldungen erforderlich waren, um den Haushalt auszugleichen. Wirklich neu ist, dass die Stadt der Finanzaufsicht den Haushaltsplan jetzt nur noch mitteilen muss, jedoch keine Genehmigung mehr einholen muss. Duisburg darf ab jetzt also frei über sein Geld verfügen.

Neustrukturierung des Suchthilfeverbandes e.V.

Im Hinblick auf die geplante Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes in Duisburg, hatte die Politik die Verwaltung gebeten, die Strukturen des Suchthilfeverbandes so zu verändern, dass die Interessen der Stadt sichergestellt sind und eine politische Begleitung der Arbeit des Vereins möglich ist.

Nach den Gesprächen und der Prüfung verschiedener Alternativen wurde dem Stadtrat jetzt das Ergebnis präsentiert. Demnach wird die Vereinsform beibehalten, jedoch werden Vorstand und Geschäftsführung getrennt und es wird ein 6köpfiger politischer Beirat gegründet, dem zwei Vertreter der SPD und jeweils ein Vertreter der CDU, der Grünen, der AfD und der Linken angehören werden. Die Fraktionsgröße der FDP reicht leider nicht aus, um in einem 6er Gremium vertreten sein zu können. Allerdings bestehen dennoch gute Kontakte zum Suchthilfeverband.

Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung

Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses hatten einen „Aktionsplan Queer“ gefordert. Die Verwaltung hat sich daraufhin mit diesem Thema beschäftigt und in der vorliegenden Beschlussvorlage erklärt, dass viele andere Städte bereits einen derartigen Plan besitzen. Die Erstellung dieser Pläne wurde fast immer durch Beraterfirmen durchgeführt und dauerte im Durchschnitt zwei bis drei Jahre.

Erwartungsgemäß gab es zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema, wobei die AfD sich grundsätzlich gegen einen Plan aussprach und die Grünen massiv monierten, dass der zu erstellende Plan „Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung“ heißen soll und nicht die Abkürzung „LGBTQ“ im Namen tragen soll. Letztendlich entschied sich der Rat mehrheitlich dafür, einen derartigen Plan (für ca. 25.000 Euro) erstellen zu lassen.

Neuorganisation der städtischen Immobilienwirtschaft

Nachdem der Stadtrat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, das IMD aufzulösen und die gesamte städtische Immobilienverwaltung neu zu organisieren, hatte die Stadtverwaltung nun einen konkreten Plan vorgelegt, wonach alle Schulgebäude und die dazugehörigen Turnhallen zukünftig von den Wirtschaftsbetrieben betreut werden sollen und alle anderen städtischen Gebäude von der Gebag. Über alle finanziellen Angelegenheiten soll die Verwaltung selbst bestimmen.

Zur Umsetzung sollen zwei sogenannte „Sondervermögen“ gegründet werden, nach dem Vorbild der Kindertageseinrichtungen, für die es in der Stadt bereits ein Sondervermögen gibt. Im Grunde kann man sich die „Sondervermögen“ wie Gesellschaften vorstellen, nur ohne Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführung und Mitarbeiter. Für die bisherigen Mitarbeiter des IMD sollen mehrere Optionen zur Verfügung stehen, wonach sie zur WDB, der Gebag oder in die Stadtverwaltung wechseln können.

All dies wurde im Vorfeld der Ratssitzung in den Gremien diskutiert und schien unstrittig zu sein. Überraschenderweise meldete die CDU-Fraktion zu Beginn der Ratssitzung an, dass sie noch Beratungsbedarf hätte und so wurde dieses Thema im letzten Moment von der Tagesordnung genommen.

„Stoffwindelbezuschussungsfond“

An Tagesordnungspunkt 27 stand eine von der Verwaltung vorbereitete Antwort an eine Petentin, die einen Bürgerantrag nach §24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht hatte. Sie hatte angeregt, dass die Stadt einen Fond für die Benutzung von Stoffwindeln einrichten möge. Damit sollte das Müllaufkommen durch Einwegwindeln vermieden werden. Falls die Stadt diese Idee tatsächlich realisieren und jedes Neugeborene mit 75,- Euro bezuschussen würde, entstünden jährliche Kosten in Höhe von knapp 350.000 Euro. Die Stadtverwaltung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und teilte dem Stadtrat jetzt ihre ablehnende Antwort an die Petentin mit. Demnach gibt es zahlreiche zertifizierte und nachhaltige Einwegwindeln und zudem erfordert das Waschen und die hygienische Handhabung der Stoffwindeln eine gewisse Aufklärung und die Ausstattung mit entsprechenden Waschmaschinen. Beides ist nach Auskunft der Verwaltung in vielen Duisburger Haushalten nur spärlich vorhanden. Einstimmig bestätigte der Stadtrat die Ablehnung dieses Vorschlags.

Optimierung des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich-Beeck

Die DVG hatte einige Änderungen des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich vorgeschlagen, die dem Stadtrat jetzt vorgelegt wurden. Auch hier nutzte der SPD-Vorsitzende die Gunst der Stunde (also die Livestream-Übertragung), um überschwänglich die Initiative der SPD zu loben, da der Landschaftspark Nord (LaPaNo) jetzt endlich eine eigene Bushaltestelle direkt vor dem Eingang bekomme.

Umbau des Sternbuschwegs

In einer weiteren Vorlage beschloss der Stadtrat die Umgestaltung und den großflächigen Umbau des Sternbuschwegs in Neudorf, bei dem (nach jetzigem Stand) Kosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro entstehen werden. Die vorgelegten Pläne der Verwaltung wurden kontrovers diskutiert: während für die einen der Autoverkehr zu sehr beeinträchtigt werden soll, wird er für die anderen zu wenig eingeschränkt, so dass Grüne und Linke sogar gegen den Umbau der Straße stimmten. Alle anderen Fraktionen genehmigten die Umbaupläne, die eine Beteiligung der Anlieger nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes auslösen werden.

Neue Feuerwache an Stelle der Rhein-Ruhr-Halle

Der Löschzug 310 der freiwilligen Feuerwehr soll auf dem Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle ein neues Gerätehaus mit angeschlossenem Schulungszentrum erhalten. Die erforderlichen Planungskosten in Höhe von 750.000 Euro beschloss der Stadtrat einstimmig. Für den Neubau werden (nach jetzigem Stand) rund 5 Millionen Euro veranschlagt.

Vor einigen Jahren gab die Stadt bekannt, dass an der Stelle der Rhein-Ruhr-Halle planungsrechtlich nichts Neues gebaut werden dürfe, da der Abstand zur Autobahn und zu den nahegelegenen Grillo-Werken zu gering sei. Warum es jetzt möglich ist, an dieser Stelle eine Feuerwache mit einem Schulungszentrum zu errichten, erklärte die Verwaltung in der Beschlussvorlage nicht. Allerdings freuten sich die Ratsmitglieder so über die Möglichkeit, eine neue Feuerwache zu errichten, dass es keine detaillierten Nachfragen gab, sondern nur uneingeschränkte (einstimmige) Zustimmung.

Sanierung des Stadttheaters

Dass das Duisburger Stadttheater saniert werden muss, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Allerdings ist bis heute nicht klar, in welchem Umfang die Sanierung durchgeführt werden muss. Es könnte sogar zu einem großen Teilabriss mit anschließendem Neubau kommen. Das alles soll in einer Machbarkeitsstudie, für die Kosten in Höhe von ca. 400.000 Euro anfallen, geklärt werden, die der Stadtrat jetzt einstimmig bei der DIG (Duisburger Infrastrukturgesellschaft) in Auftrag gab.

Zu diesem Thema lag ein Antrag der Fraktion JuDu vor, die erklärten, dass es bereits vor zwei Jahren eine Studie zur Sanierung des Theaters gegeben habe, aus der die Fachverwaltung im Kulturausschuss zwar immer wieder mal zitierte, die der Politik jedoch nie ausgehändigt wurde. Dementsprechend forderte JuDu jetzt die Vorlage dieser ersten Studie. Überraschenderweise wehrten sich der Oberbürgermeister und der zuständige Dezernent Linne extrem gegen die Herausgabe dieser Studie. OB Link erklärte, dass man nichts Besonders oder „*mysteriöses*“ in diese Studie hineininterpretieren solle und dass er die alte Studie erst veröffentlichen wolle, wenn die neue Studie fertig sei.

Darüber kam es zu längeren heftigen Diskussionen und zu der Ankündigung einzelner Mandatsträger, hier eine Akteneinsicht im Sinne der Gemeindeordnung einzufordern. Üblicherweise steht die SPD (und meist auch die CDU) zu „ihrem“ Oberbürgermeister, was bedeutet, dass wenn er etwas nicht will, die beiden Fraktionen auch dagegen stimmen. Überraschenderweise stimmte der Stadtrat einstimmig(!) dafür, die frühere Studie zur Sanierung des Stadttheaters zu veröffentlichen - und zwar sofort und nicht erst nach Erstellung der neuen Studie. Ob SPD und CDU dem OB hier bewusst die Gefolgschaft versagten oder ob die Abstimmung ein Missverständnis war, ist nicht bekannt.

Wirtschaftsplan 2023 für DuisburgSport

Nach der Pause und zahlreichen Wortbeiträgen zu ´alltäglichen´ Schulthemen (die früher stets kommentarlos beschlossen wurden) lag der Wirtschaftsplan von DuisburgSport vor. Irritierend war, dass es sich um den Finanzplan für das Jahr 2023 handelte, welches in gut drei Monaten bereits vorbei ist. Der zuständige Dezernent Linne erklärte, dass es dafür „*gute Gründe*“ gäbe, wie z.B. den Ukrainekrieg oder die Energiekrise, was zu Recht von einigen Ratsmitgliedern (u.a. auch von Wilhelm Bies) kritisiert wurde. Verschärfend kam hinzu, dass auch der Wirtschaftsplan 2022 schon so spät erstellt wurde.

Aus diesem Grunde beantragten die Grünen, dass das Rechnungsprüfungsamt damit beauftragt werden solle, die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen von DuisburgSport zu prüfen. Dagegen wehrten sich SPD und CDU und warfen den Grünen vor, bei der Gesellschaft für einen Vertrauensverlust zu sorgen, der nicht gerechtfertigt sei. Wilhelm Bies erklärte, dass der Rat ein Zeichen setzen solle, damit die Gesellschaft erkenne, dass sie nicht machen könne, was sie wolle. Die meisten Ratsfraktionen stimmten dem Antrag der Grünen zu, die SPD-CDU-Mehrheit lehnte ihn jedoch ab.

Kommunale Wärmeplanung

Im weiteren Verlauf der Sitzung beauftragte der Stadtrat die Verwaltung (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken) mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Dieses Thema provozierte zahlreiche Wortmeldungen, bei denen es zumeist um die Eskapaden bei der Erstellung des entsprechenden Gesetzes ging. Auch Oberbürgermeister Sören Link ließ sich mehrfach dazu hinreißen, relativ scharf den Bundeswirtschaftsminister zu kritisieren. Die AfD lehnte die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung vollständig ab. Den Grünen hingegen kann es nicht schnell genug gehen, weshalb sie einen Zusatzantrag stellten, wonach der zu erstellende Plan bereits bis 2025 fertig sein muss. Nach langen Diskussionen stimmten jedoch nur Grüne, Linke und Tierschutz/DAL dem Zusatzantrag zu, so dass es für die Stadtverwaltung nun kein Zeitlimit für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung gibt.

Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Seit längerer Zeit beraten die politischen Gremien die Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes, wie er in anderen größeren Städten bereits relativ erfolgreich betrieben wird. Inzwischen gibt es ein Konzept, indem das Angebot und Art der Einrichtung und z.B. die Öffnungszeiten geregelt wurden. Insofern musste der Stadtrat jetzt nur noch „den Segen geben“, sodass die Verantwortlichen sich auf die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten machen können. Einig war man sich bisher dabei, dass es ein Raum bzw. Gebäude in der Nähe des Kantparks und des Hauptbahnhofes sein soll.

Die Fraktion JuDu kam jetzt auf die Idee, keinen festen Drogenkonsumraum einzurichten und stattdessen „mobile Alternativen“ anzubieten, also ein oder mehrere sogenannte Drogenkonsummobile. Dieser Antrag löste eine lange Debatte aus, wobei die meisten Redner/innen der JuDu-Fraktion Ahnungslosigkeit in diesem Thema vorwarfen. Die CDU wies darauf hin, dass sämtliche mobilen Angebote in anderen Städten bereits gescheitert seien und man unbedingt eine stationäre Hilfe anbieten müsse, notfalls auch an mehreren Stellen, jedoch nicht wie ein „Bücherbus“ ohne feste Anlaufstelle. Für den Antrag von JuDu stimmten nur die Fraktionen von JuDu und die AfD, alle anderen Fraktionen lehnten die Idee ab und beschlossen die Einrichtung eines ortsgebundenen Drogenkonsumraumes.

Wasserstoff-Hub

Ein weitere Beschlussvorlage an diesem Tag hatte folgenden Wortlaut: *„Der Rat der Stadt Duisburg stimmt dem Entwurf des Kooperationsvertrags mit der thyssenkrupp Steel Europe AG über die gemeinschaftliche Entwicklung eines Wasserstoff-Hubs für die Rhein-Ruhr-Region auf dem Gelände des ehemaligen Grobblechwerks von tkSE im Stadtteil Duisburg-Hüttenheim zu.“*

ThyssenKrupp und die Stadt Duisburg beabsichtigen demnach zu prüfen, ob das Gelände des ehemaligen Grobblechwerks in Hüttenheim für eine wasserstoffaffine Nutzung entwickelt werden könne. Es soll untersucht werden, ob die folgenden Bausteine eines Wasserstoff-Hubs auf dem Areal errichtet werden können: Wasserstoff-Gewerbegebiet H2 (nachhaltiges Gewerbegebiet), Wasserstoff-Campus H2 (Forschung und Entwicklung, Netzwerke etc.), Wasserstoffproduktion und Lagerung. Mit der Entwicklung soll die „NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH“ beauftragt werden. Nachdem zahlreiche Redner/innen das Projekt gelobt hatten, stimmte der Rat einstimmig zu.

FDP-Antrag „Duisburg ist echt unsichtbar“

An Top 63 wurde der Antrag der FDP-Fraktion beraten, den die Partei auf dem letzten Kreisparteitag beschlossen hatte, wonach die Stadt anstreben solle, dass die Autobahnbeschilderungen in Richtung Duisburg irgendwann auch einmal mit „Richtung Duisburg“ ausgeschildert sein sollen und nicht „Richtung Oberhausen“, wie es jetzt der Fall ist. Ratsherr und Parteivorsitzender Oliver Alefs erläuterte und begründete den Antrag, der von vielen Ratsmitgliedern der anderen Fraktionen eher ironisch kommentiert wurde. Die eigentliche Intention des Antrags, dass die Stadt wenigstens den Wunsch äußert und sich eventuell auch das langfristige Ziel setzt, dass die Beschilderungen der Autobahnen irgendwann einmal anders aussehen sollten, konnten oder wollten die anderen Fraktionen nicht erkennen. Dementsprechend stimmten alle anderen Fraktionen gegen den FDP-Antrag.

Anfragen

Es folgen viele Anfragen der Fraktionen und einzelner Ratsmitglieder, die überraschenderweise alle sofort von den Dezernenten beantwortet wurden. Früher hatte der Oberbürgermeister stets nur schriftliche Antworten verfassen lassen, die dann später im Protokoll abgedruckt wurden. Allerdings vergingen dabei mitunter Monate bis zur Antwort auf aktuelle Fragestellungen. Nachdem der Ältestenrat sich darüber ausgetauscht hatte, lässt der OB die Dezernenten sofort auf die meisten Anfragen antworten.

Schulsozialarbeit

Zum Sachstand der Schulsozialarbeit in Duisburg hatte die Verwaltung einen Bericht vorbereitet, der dem Rat zur Kenntnis vorgelegt wurde. Bei derartigen Vorlagen, bei denen es um keinen Beschluss geht, sondern nur um die Beachtung des Themas, erfolgten in den bisherigen Ratssitzungen selten Wortmeldungen. Aber diesmal provozierten wohl die laufenden Kameras zahlreiche Wortmeldungen, obwohl es bei diesem Thema eigentlich keinen Dissens zwischen den Fraktionen gab.

Vornehmlich ging es um die Sorge, dass das Land die bisherige finanzielle Unterstützung für Schulsozialarbeit kürzen könnte. Gegen die Forderung einiger Ratsmitglieder, dass die Stadt dann die Kosten übernehmen müsse, wehrte sich der Oberbürgermeister mit der Argumentation, dass dies ein fatales Zeichen an das Land wäre. Er befürchte, dass das Land dann noch viele andere Zuschüsse kürzen oder gar streichen könne, ohne dass die Kommunen sich dagegen wehren würden.

Mehr Gehalt für den OB und die Dezernenten

Da eine Volkszählung im Jahr 2022 ergeben hatte, dass die Stadt Duisburg 502.211 Einwohnerinnen und Einwohner hat, also die 500.000er Marke überschritten hat, stehen dem Oberbürgermeister und den Dezernenten höhere Gehälter zu. Die neuen Eingruppierungen werden nicht vom Rat beschlossen, sondern ergeben sich automatisch aus dem Beamtenrecht. Das Gehalt des Oberbürgermeisters steigt von Besoldungsgruppe B10 auf B11. Das Gehalt des Stadtdirektors von B6 auf B8 und die Gehälter der anderen Dezernenten von B5 auf B7, was bedeutet, dass der OB jetzt ein monatliches Gehalt von knapp über 15.000 Euro erhält und die Dezernenten etwas über 11.000 Euro.

Duisburger Absage an die Frauen-Fußballweltmeisterschaft

In einer weiteren Mitteilungsvorlage teilte die Verwaltung dem Rat mit, dass man sich gezwungen sah, die Bewerbung der Stadt als Mitausrichter der Frauen-Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2027 zurückzuziehen, da das Stadiondach sanierungsbedürftig ist und bis 2027 nicht adäquat repariert oder erneuert werden kann. Zu diesem Thema gab es erwartungsgemäß zahlreiche Wortmeldungen. Oft wurde moniert, dass die Reparatur oder Erneuerung des Stadiondaches offenbar länger als vier Jahre dauern soll. Der Oberbürgermeister bedauerte ebenfalls die Absage, erläuterte jedoch, dass es gegebenenfalls zu hohen Regressansprüchen führen könne, wenn man nicht jetzt die Reißleine gezogen hätte.

Antrag der Grünen: Hochfelder Einkaufsstraße für Autos sperren

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung stand noch ein strittiger Antrag der Grünen auf der Tagesordnung. Sie wollten die Haupteinkaufsstraße in Hochfeld, die Wanheimer Straße, für den Autoverkehr sperren, was zahlreiche gegnerische Wortmeldungen erzeugte. Auf jede Wortmeldung erfolgte sofort eine Erwiderung der Grünen, so dass sich die Diskussion extrem in die Länge zog, obwohl nahezu alle Redner und Rednerinnen sich gegen den Antrag aussprachen. Oft wurde der Antrag als Träumerei, weltfremd oder sogar als Blödsinn bezeichnet. Eine Rednerin erinnerte daran, dass auch die Verkehrsströme zur IGA 2027 durch diese Straße fließen sollen. Nur Grüne und Linke stimmten für diesen Antrag, alle anderen Ratsfraktionen lehnten ihn ab.

Antrag der Linken: 19-Euro-Ticket einführen

Ein ähnlich umstrittener Antrag kam danach noch von den Linken, denen weder das 49-Euro-Ticket des Bundes noch das 39-Euro Ticket des Landes günstig genug ist. Sie wollten, dass in Duisburg im Nahverkehr ein 19-Euro-Ticket eingeführt wird. Die Grünen störte im Antrag lediglich, dass die Landesregierung aufgefordert werden sollte, ein noch billigeres Ticket zu ermöglichen, ansonsten stimmten sie dem Antrag der Linken zu. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Linken ab.

Um 21:05 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung, mit 11 Tagesordnungspunkten folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist bereits für den 28. September 2023 geplant. Es handelt sich um eine Sondersitzung zum Umbau der A59 und der Neustrukturierung des IMD.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters


FDP-Fraktionsgeschäftsführer

Rats-Update Nr. 15

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. September 2023

14 Wochen (inklusive Sommerpause) waren seit der letzten Sitzung des Duisburger Stadtrates vergangen. Allerdings bedeutete das nicht 14 Wochen Pause für die Mandatsträger, denn bereits seit Mitte August tagten die verschiedenen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und sonstigen politischen Gremien, deren Beratungen jetzt in der Ratssitzung am 18. September ihren Abschluss fanden.

Livestream-Übertragung der Ratssitzung

Eine wesentliche Neuerung prägte diese Ratssitzung viel deutlicher, als es viele Teilnehmer vorher erwartet hatten. Denn vor der Sommerpause hatte der Stadtrat beschlossen, diese und die weiteren 4 Sitzungen per Livestream im Internet zu übertragen (direkt auf der Homepage der Stadt Duisburg).

Was unspektakulär klingt, erwies sich als regelrechter „Motivator“ für die Anzahl und die Art der Wortmeldungen. So fiel bereits zu Beginn auf, dass der Oberbürgermeister und der SPD-Vorsitzende Reden hielten, die im Stil (und im Selbstlob) kämpferischen Parteitagsreden glichen. Auch zu späterer Stunde wurde kaum ein Thema unkommentiert gelassen, was in der Vergangenheit auffallend anders war. Denn bei den meisten Beschlüssen haben die inhaltlichen Beratungen ja bereits in den vorhergehenden Ausschüssen stattgefunden und der Rat muss nur noch die Abschlussabstimmung vornehmen. Der neue Livestream mit seinen 3 Kameras reizte offenbar zu zahlreichen Wortmeldungen.

Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern

Zu Beginn dieser Sitzung stand die Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern, da seit der letzten Ratssitzung sowohl in der SPD als auch bei den Grünen jeweils ein Ratsmitglied ausgeschieden war. Dazu sprachen „die Neuen“ eine Verpflichtungsformel, wie sie nach der Gemeindeordnung vorgegeben ist.

Haushaltsplan für 2024

Die Verwaltung hatte in den vergangenen Monaten den städtischen Haushaltsplan für 2024 zusammengestellt, der in dieser Sitzung vom Oberbürgermeister und vom Stadtkämmerer präsentiert wurde.

Während der Kämmerer Martin Murrack stolz darauf hinwies, dass die Stadt Duisburg inzwischen rund eine Milliarde Euro Schulden abgebaut hat und nun tatsächlich ein positives Eigenkapital in Höhe von 150 Mio. Euro aufweist (obwohl im Jahre 2014 noch ein negatives Eigenkapital von 447 Mio. Euro vorlag), ergoss sich der OB in Lobeshymnen auf sich und seine Genossen. Der Kämmerer befand, dass der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Leistung vollbracht hätten. Der OB konnte diesen Erfolg nur bei sich und der Ratsmehrheit von SPD/CDU sehen.

Der Kämmerer fasste die wesentlichen Zahlen zusammen: der städtische Haushalt 2024 hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Die Zinslast steigt durch die Erhöhung des Leitzinses der EZB stark an und erfordert im kommenden Jahr rund 40 Millionen Euro. Alle Energie- und Baukosten wachsen dramatisch, ebenso wie die Personalkosten durch den hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, der auch in den folgenden Jahren zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

Entgegen allen Erwartungen haben sich die Gewerbesteuererinnahmen extrem gut entwickelt, was die Merkwürdigkeit zur Folge hat, dass das Land NRW deutlich weniger Geld (Schlüsselzuweisungen) an Duisburg auszahlen wird. Im kommenden Jahr sind rund 88 Millionen Euro weniger zu erwarten. Zudem muss Duisburg dadurch deutlich mehr Zahlungen an den LVR und andere Verbände leisten.

Trotz der positiven Entwicklung warnte der Kämmerer angesichts der zahlreichen Krisen und Mehrkosten vor allzu großer Euphorie. Zur Erläuterung erklärte er, dass für 2024 zunächst mehrere Millionen Euro Überschuss geplant waren, die jedoch im Laufe der Berechnungen auf ca. 500.000 Euro zusammenschrumpften. Immerhin handelt es sich um einen kleinen Überschuss, nachdem in früheren Jahren stets Neuverschuldungen erforderlich waren, um den Haushalt auszugleichen. Wirklich neu ist, dass die Stadt der Finanzaufsicht den Haushaltsplan jetzt nur noch mitteilen muss, jedoch keine Genehmigung mehr einholen muss. Duisburg darf ab jetzt also frei über sein Geld verfügen.

Neustrukturierung des Suchthilfeverbundes e.V.

Im Hinblick auf die geplante Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes in Duisburg, hatte die Politik die Verwaltung gebeten, die Strukturen des Suchthilfeverbundes so zu verändern, dass die Interessen der Stadt sichergestellt sind und eine politische Begleitung der Arbeit des Vereins möglich ist.

Nach den Gesprächen und der Prüfung verschiedener Alternativen wurde dem Stadtrat jetzt das Ergebnis präsentiert. Demnach wird die Vereinsform beibehalten, jedoch werden Vorstand und Geschäftsführung getrennt und es wird ein 6köpfiger politischer Beirat gegründet, dem zwei Vertreter der SPD und jeweils ein Vertreter der CDU, der Grünen, der AfD und der Linken angehören werden. Die Fraktionsgröße der FDP reicht leider nicht aus, um in einem 6er Gremium vertreten sein zu können. Allerdings bestehen dennoch gute Kontakte zum Suchthilfeverbund.

Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung

Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses hatten einen „Aktionsplan Queer“ gefordert. Die Verwaltung hat sich daraufhin mit diesem Thema beschäftigt und in der vorliegenden Beschlussvorlage erklärt, dass viele andere Städte bereits einen derartigen Plan besitzen. Die Erstellung dieser Pläne wurde fast immer durch Beraterfirmen durchgeführt und dauerte im Durchschnitt zwei bis drei Jahre.

Erwartungsgemäß gab es zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema, wobei die AfD sich grundsätzlich gegen einen Plan aussprach und die Grünen massiv monierten, dass der zu erstellende Plan „Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung“ heißen soll und nicht die Abkürzung „LGBTQ“ im Namen tragen soll. Letztendlich entschied sich der Rat mehrheitlich dafür, einen derartigen Plan (für ca. 25.000 Euro) erstellen zu lassen.

Neuorganisation der städtischen Immobilienwirtschaft

Nachdem der Stadtrat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, das IMD aufzulösen und die gesamte städtische Immobilienverwaltung neu zu organisieren, hatte die Stadtverwaltung nun einen konkreten Plan vorgelegt, wonach alle Schulgebäude und die dazugehörigen Turnhallen zukünftig von den Wirtschaftsbetrieben betreut werden sollen und alle anderen städtischen Gebäude von der Gebag. Über alle finanziellen Angelegenheiten soll die Verwaltung selbst bestimmen.

Zur Umsetzung sollen zwei sogenannte „Sondervermögen“ gegründet werden, nach dem Vorbild der Kindertageseinrichtungen, für die es in der Stadt bereits ein Sondervermögen gibt. Im Grunde kann man sich die „Sondervermögen“ wie Gesellschaften vorstellen, nur ohne Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführung und Mitarbeiter. Für die bisherigen Mitarbeiter des IMD sollen mehrere Optionen zur Verfügung stehen, wonach sie zur WDB, der Gebag oder in die Stadtverwaltung wechseln können.

All dies wurde im Vorfeld der Ratssitzung in den Gremien diskutiert und schien unstrittig zu sein. Überraschenderweise meldete die CDU-Fraktion zu Beginn der Ratssitzung an, dass sie noch Beratungsbedarf hätte und so wurde dieses Thema im letzten Moment von der Tagesordnung genommen.

„Stoffwindelbezuschussungsfond“

An Tagesordnungspunkt 27 stand eine von der Verwaltung vorbereitete Antwort an eine Petentin, die einen Bürgerantrag nach §24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht hatte. Sie hatte angeregt, dass die Stadt einen Fond für die Benutzung von Stoffwindeln einrichten möge. Damit sollte das Müllaufkommen durch Einwegwindeln vermieden werden. Falls die Stadt diese Idee tatsächlich realisieren und jedes Neugeborene mit 75,- Euro bezuschussen würde, entstünden jährliche Kosten in Höhe von knapp 350.000 Euro. Die Stadtverwaltung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und teilte dem Stadtrat jetzt ihre ablehnende Antwort an die Petentin mit. Demnach gibt es zahlreiche zertifizierte und nachhaltige Einwegwindeln und zudem erfordert das Waschen und die hygienische Handhabung der Stoffwindeln eine gewisse Aufklärung und die Ausstattung mit entsprechenden Waschmaschinen. Beides ist nach Auskunft der Verwaltung in vielen Duisburger Haushalten nur spärlich vorhanden. Einstimmig bestätigte der Stadtrat die Ablehnung dieses Vorschlags.

Optimierung des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich-Beeck

Die DVG hatte einige Änderungen des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich vorgeschlagen, die dem Stadtrat jetzt vorgelegt wurden. Auch hier nutzte der SPD-Vorsitzende die Gunst der Stunde (also die Livestream-Übertragung), um überschwänglich die Initiative der SPD zu loben, da der Landschaftspark Nord (LaPaNo) jetzt endlich eine eigene Bushaltestelle direkt vor dem Eingang bekomme.

Umbau des Sternbuschwegs

In einer weiteren Vorlage beschloss der Stadtrat die Umgestaltung und den großflächigen Umbau des Sternbuschwegs in Neudorf, bei dem (nach jetzigem Stand) Kosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro entstehen werden. Die vorgelegten Pläne der Verwaltung wurden kontrovers diskutiert: während für die einen der Autoverkehr zu sehr beeinträchtigt werden soll, wird er für die anderen zu wenig eingeschränkt, so dass Grüne und Linke sogar gegen den Umbau der Straße stimmten. Alle anderen Fraktionen genehmigten die Umbaupläne, die eine Beteiligung der Anlieger nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes auslösen werden.

Neue Feuerwache an Stelle der Rhein-Ruhr-Halle

Der Löschzug 310 der freiwilligen Feuerwehr soll auf dem Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle ein neues Gerätehaus mit angeschlossenem Schulungszentrum erhalten. Die erforderlichen Planungskosten in Höhe von 750.000 Euro beschloss der Stadtrat einstimmig. Für den Neubau werden (nach jetzigem Stand) rund 5 Millionen Euro veranschlagt.

Vor einigen Jahren gab die Stadt bekannt, dass an der Stelle der Rhein-Ruhr-Halle planungsrechtlich nichts Neues gebaut werden dürfe, da der Abstand zur Autobahn und zu den nahegelegenen Grillo-Werken zu gering sei. Warum es jetzt möglich ist, an dieser Stelle eine Feuerwache mit einem Schulungszentrum zu errichten, erklärte die Verwaltung in der Beschlussvorlage nicht. Allerdings freuten sich die Ratsmitglieder so über die Möglichkeit, eine neue Feuerwache zu errichten, dass es keine detaillierten Nachfragen gab, sondern nur uneingeschränkte (einstimmige) Zustimmung.

Sanierung des Stadttheaters

Dass das Duisburger Stadttheater saniert werden muss, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Allerdings ist bis heute nicht klar, in welchem Umfang die Sanierung durchgeführt werden muss. Es könnte sogar zu einem großen Teilabriss mit anschließendem Neubau kommen. Das alles soll in einer Machbarkeitsstudie, für die Kosten in Höhe von ca. 400.000 Euro anfallen, geklärt werden, die der Stadtrat jetzt einstimmig bei der DIG (Duisburger Infrastrukturgesellschaft) in Auftrag gab.

Zu diesem Thema lag ein Antrag der Fraktion JuDu vor, die erklärten, dass es bereits vor zwei Jahren eine Studie zur Sanierung des Theaters gegeben habe, aus der die Fachverwaltung im Kulturausschuss zwar immer wieder mal zitierte, die der Politik jedoch nie ausgehändigt wurde. Dementsprechend forderte JuDu jetzt die Vorlage dieser ersten Studie. Überraschenderweise wehrten sich der Oberbürgermeister und der zuständige Dezernent Linne extrem gegen die Herausgabe dieser Studie. OB Link erklärte, dass man nichts Besonders oder „*mysteriöses*“ in diese Studie hineininterpretieren solle und dass er die alte Studie erst veröffentlichen wolle, wenn die neue Studie fertig sei.

Darüber kam es zu längeren heftigen Diskussionen und zu der Ankündigung einzelner Mandatsträger, hier eine Akteneinsicht im Sinne der Gemeindeordnung einzufordern. Üblicherweise steht die SPD (und meist auch die CDU) zu „ihrem“ Oberbürgermeister, was bedeutet, dass wenn er etwas nicht will, die beiden Fraktionen auch dagegen stimmen. Überraschenderweise stimmte der Stadtrat einstimmig(!) dafür, die frühere Studie zur Sanierung des Stadttheaters zu veröffentlichen - und zwar sofort und nicht erst nach Erstellung der neuen Studie. Ob SPD und CDU dem OB hier bewusst die Gefolgschaft versagten oder ob die Abstimmung ein Missverständnis war, ist nicht bekannt.

Wirtschaftsplan 2023 für DuisburgSport

Nach der Pause und zahlreichen Wortbeiträgen zu ´alltäglichen´ Schulthemen (die früher stets kommentarlos beschlossen wurden) lag der Wirtschaftsplan von DuisburgSport vor. Irritierend war, dass es sich um den Finanzplan für das Jahr 2023 handelte, welches in gut drei Monaten bereits vorbei ist. Der zuständige Dezernent Linne erklärte, dass es dafür „*gute Gründe*“ gäbe, wie z.B. den Ukrainekrieg oder die Energiekrise, was zu Recht von einigen Ratsmitgliedern (u.a. auch von Wilhelm Bies) kritisiert wurde. Verschärfend kam hinzu, dass auch der Wirtschaftsplan 2022 schon so spät erstellt wurde.

Aus diesem Grunde beantragten die Grünen, dass das Rechnungsprüfungsamt damit beauftragt werden solle, die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen von DuisburgSport zu prüfen. Dagegen wehrten sich SPD und CDU und warfen den Grünen vor, bei der Gesellschaft für einen Vertrauensverlust zu sorgen, der nicht gerechtfertigt sei. Wilhelm Bies erklärte, dass der Rat ein Zeichen setzen solle, damit die Gesellschaft erkenne, dass sie nicht machen könne, was sie wolle. Die meisten Ratsfraktionen stimmten dem Antrag der Grünen zu, die SPD-CDU-Mehrheit lehnte ihn jedoch ab.

Kommunale Wärmeplanung

Im weiteren Verlauf der Sitzung beauftragte der Stadtrat die Verwaltung (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken) mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Dieses Thema provozierte zahlreiche Wortmeldungen, bei denen es zumeist um die Eskapaden bei der Erstellung des entsprechenden Gesetzes ging. Auch Oberbürgermeister Sören Link ließ sich mehrfach dazu hinreißen, relativ scharf den Bundeswirtschaftsminister zu kritisieren. Die AfD lehnte die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung vollständig ab. Den Grünen hingegen kann es nicht schnell genug gehen, weshalb sie einen Zusatzantrag stellten, wonach der zu erstellende Plan bereits bis 2025 fertig sein muss. Nach langen Diskussionen stimmten jedoch nur Grüne, Linke und Tierschutz/DAL dem Zusatzantrag zu, so dass es für die Stadtverwaltung nun kein Zeitlimit für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung gibt.

Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Seit längerer Zeit beraten die politischen Gremien die Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes, wie er in anderen größeren Städten bereits relativ erfolgreich betrieben wird. Inzwischen gibt es ein Konzept, indem das Angebot und Art der Einrichtung und z.B. die Öffnungszeiten geregelt wurden. Insofern musste der Stadtrat jetzt nur noch „den Segen geben“, sodass die Verantwortlichen sich auf die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten machen können. Einig war man sich bisher dabei, dass es ein Raum bzw. Gebäude in der Nähe des Kantparks und des Hauptbahnhofes sein soll.

Die Fraktion JuDu kam jetzt auf die Idee, keinen festen Drogenkonsumraum einzurichten und stattdessen „mobile Alternativen“ anzubieten, also ein oder mehrere sogenannte Drogenkonsummobile. Dieser Antrag löste eine lange Debatte aus, wobei die meisten Redner/innen der JuDu-Fraktion Ahnungslosigkeit in diesem Thema vorwarfen. Die CDU wies darauf hin, dass sämtliche mobilen Angebote in anderen Städten bereits gescheitert seien und man unbedingt eine stationäre Hilfe anbieten müsse, notfalls auch an mehreren Stellen, jedoch nicht wie ein „Bücherbus“ ohne feste Anlaufstelle. Für den Antrag von JuDu stimmten nur die Fraktionen von JuDu und die AfD, alle anderen Fraktionen lehnten die Idee ab und beschlossen die Einrichtung eines ortsgebundenen Drogenkonsumraumes.

Wasserstoff-Hub

Ein weitere Beschlussvorlage an diesem Tag hatte folgenden Wortlaut: *„Der Rat der Stadt Duisburg stimmt dem Entwurf des Kooperationsvertrags mit der thyssenkrupp Steel Europe AG über die gemeinschaftliche Entwicklung eines Wasserstoff-Hubs für die Rhein-Ruhr-Region auf dem Gelände des ehemaligen Grobblechwerks von tkSE im Stadtteil Duisburg-Hüttenheim zu.“*

ThyssenKrupp und die Stadt Duisburg beabsichtigen demnach zu prüfen, ob das Gelände des ehemaligen Grobblechwerks in Hüttenheim für eine wasserstoffaffine Nutzung entwickelt werden könne. Es soll untersucht werden, ob die folgenden Bausteine eines Wasserstoff-Hubs auf dem Areal errichtet werden können: Wasserstoff-Gewerbegebiet H2 (nachhaltiges Gewerbegebiet), Wasserstoff-Campus H2 (Forschung und Entwicklung, Netzwerke etc.), Wasserstoffproduktion und Lagerung. Mit der Entwicklung soll die „NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH“ beauftragt werden. Nachdem zahlreiche Redner/innen das Projekt gelobt hatten, stimmte der Rat einstimmig zu.

FDP-Antrag „Duisburg ist echt unsichtbar“

An Top 63 wurde der Antrag der FDP-Fraktion beraten, den die Partei auf dem letzten Kreisparteitag beschlossen hatte, wonach die Stadt anstreben solle, dass die Autobahnbeschilderungen in Richtung Duisburg irgendwann auch einmal mit „Richtung Duisburg“ ausgeschildert sein sollen und nicht „Richtung Oberhausen“, wie es jetzt der Fall ist. Ratsherr und Parteivorsitzender Oliver Alefs erläuterte und begründete den Antrag, der von vielen Ratsmitgliedern der anderen Fraktionen eher ironisch kommentiert wurde. Die eigentliche Intention des Antrags, dass die Stadt wenigstens den Wunsch äußert und sich eventuell auch das langfristige Ziel setzt, dass die Beschilderungen der Autobahnen irgendwann einmal anders aussehen sollten, konnten oder wollten die anderen Fraktionen nicht erkennen. Dementsprechend stimmten alle anderen Fraktionen gegen den FDP-Antrag.

Anfragen

Es folgen viele Anfragen der Fraktionen und einzelner Ratsmitglieder, die überraschenderweise alle sofort von den Dezernenten beantwortet wurden. Früher hatte der Oberbürgermeister stets nur schriftliche Antworten verfassen lassen, die dann später im Protokoll abgedruckt wurden. Allerdings vergingen dabei mitunter Monate bis zur Antwort auf aktuelle Fragestellungen. Nachdem der Ältestenrat sich darüber ausgetauscht hatte, lässt der OB die Dezernenten sofort auf die meisten Anfragen antworten.

Schulsozialarbeit

Zum Sachstand der Schulsozialarbeit in Duisburg hatte die Verwaltung einen Bericht vorbereitet, der dem Rat zur Kenntnis vorgelegt wurde. Bei derartigen Vorlagen, bei denen es um keinen Beschluss geht, sondern nur um die Beachtung des Themas, erfolgten in den bisherigen Ratssitzungen selten Wortmeldungen. Aber diesmal provozierten wohl die laufenden Kameras zahlreiche Wortmeldungen, obwohl es bei diesem Thema eigentlich keinen Dissens zwischen den Fraktionen gab.

Vornehmlich ging es um die Sorge, dass das Land die bisherige finanzielle Unterstützung für Schulsozialarbeit kürzen könnte. Gegen die Forderung einiger Ratsmitglieder, dass die Stadt dann die Kosten übernehmen müsse, wehrte sich der Oberbürgermeister mit der Argumentation, dass dies ein fatales Zeichen an das Land wäre. Er befürchte, dass das Land dann noch viele andere Zuschüsse kürzen oder gar streichen könne, ohne dass die Kommunen sich dagegen wehren würden.

Mehr Gehalt für den OB und die Dezernenten

Da eine Volkszählung im Jahr 2022 ergeben hatte, dass die Stadt Duisburg 502.211 Einwohnerinnen und Einwohner hat, also die 500.000er Marke überschritten hat, stehen dem Oberbürgermeister und den Dezernenten höhere Gehälter zu. Die neuen Eingruppierungen werden nicht vom Rat beschlossen, sondern ergeben sich automatisch aus dem Beamtenrecht. Das Gehalt des Oberbürgermeisters steigt von Besoldungsgruppe B10 auf B11. Das Gehalt des Stadtdirektors von B6 auf B8 und die Gehälter der anderen Dezernenten von B5 auf B7, was bedeutet, dass der OB jetzt ein monatliches Gehalt von knapp über 15.000 Euro erhält und die Dezernenten etwas über 11.000 Euro.

Duisburger Absage an die Frauen-Fußballweltmeisterschaft

In einer weiteren Mitteilungsvorlage teilte die Verwaltung dem Rat mit, dass man sich gezwungen sah, die Bewerbung der Stadt als Mitausrichter der Frauen-Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2027 zurückzuziehen, da das Stadiondach sanierungsbedürftig ist und bis 2027 nicht adäquat repariert oder erneuert werden kann. Zu diesem Thema gab es erwartungsgemäß zahlreiche Wortmeldungen. Oft wurde moniert, dass die Reparatur oder Erneuerung des Stadiondaches offenbar länger als vier Jahre dauern soll. Der Oberbürgermeister bedauerte ebenfalls die Absage, erläuterte jedoch, dass es gegebenenfalls zu hohen Regressansprüchen führen könne, wenn man nicht jetzt die Reißleine gezogen hätte.

Antrag der Grünen: Hochfelder Einkaufsstraße für Autos sperren

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung stand noch ein strittiger Antrag der Grünen auf der Tagesordnung. Sie wollten die Haupteinkaufsstraße in Hochfeld, die Wanheimer Straße, für den Autoverkehr sperren, was zahlreiche gegnerische Wortmeldungen erzeugte. Auf jede Wortmeldung erfolgte sofort eine Erwiderung der Grünen, so dass sich die Diskussion extrem in die Länge zog, obwohl nahezu alle Redner und Rednerinnen sich gegen den Antrag aussprachen. Oft wurde der Antrag als Träumerei, weltfremd oder sogar als Blödsinn bezeichnet. Eine Rednerin erinnerte daran, dass auch die Verkehrsströme zur IGA 2027 durch diese Straße fließen sollen. Nur Grüne und Linke stimmten für diesen Antrag, alle anderen Ratsfraktionen lehnten ihn ab.

Antrag der Linken: 19-Euro-Ticket einführen

Ein ähnlich umstrittener Antrag kam danach noch von den Linken, denen weder das 49-Euro-Ticket des Bundes noch das 39-Euro Ticket des Landes günstig genug ist. Sie wollten, dass in Duisburg im Nahverkehr ein 19-Euro-Ticket eingeführt wird. Die Grünen störte im Antrag lediglich, dass die Landesregierung aufgefordert werden sollte, ein noch billigeres Ticket zu ermöglichen, ansonsten stimmten sie dem Antrag der Linken zu. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Linken ab.

Um 21:05 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung, mit 11 Tagesordnungspunkten folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist bereits für den 28. September 2023 geplant. Es handelt sich um eine Sondersitzung zum Umbau der A59 und der Neustrukturierung des IMD.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters


FDP-Fraktionsgeschäftsführer

Rats-Update Nr. 15

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. September 2023

14 Wochen (inklusive Sommerpause) waren seit der letzten Sitzung des Duisburger Stadtrates vergangen. Allerdings bedeutete das nicht 14 Wochen Pause für die Mandatsträger, denn bereits seit Mitte August tagten die verschiedenen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und sonstigen politischen Gremien, deren Beratungen jetzt in der Ratssitzung am 18. September ihren Abschluss fanden.

Livestream-Übertragung der Ratssitzung

Eine wesentliche Neuerung prägte diese Ratssitzung viel deutlicher, als es viele Teilnehmer vorher erwartet hatten. Denn vor der Sommerpause hatte der Stadtrat beschlossen, diese und die weiteren 4 Sitzungen per Livestream im Internet zu übertragen (direkt auf der Homepage der Stadt Duisburg).

Was unspektakulär klingt, erwies sich als regelrechter „Motivator“ für die Anzahl und die Art der Wortmeldungen. So fiel bereits zu Beginn auf, dass der Oberbürgermeister und der SPD-Vorsitzende Reden hielten, die im Stil (und im Selbstlob) kämpferischen Parteitagsreden glichen. Auch zu späterer Stunde wurde kaum ein Thema unkommentiert gelassen, was in der Vergangenheit auffallend anders war. Denn bei den meisten Beschlüssen haben die inhaltlichen Beratungen ja bereits in den vorhergehenden Ausschüssen stattgefunden und der Rat muss nur noch die Abschlussabstimmung vornehmen. Der neue Livestream mit seinen 3 Kameras reizte offenbar zu zahlreichen Wortmeldungen.

Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern

Zu Beginn dieser Sitzung stand die Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern, da seit der letzten Ratssitzung sowohl in der SPD als auch bei den Grünen jeweils ein Ratsmitglied ausgeschieden war. Dazu sprachen „die Neuen“ eine Verpflichtungsformel, wie sie nach der Gemeindeordnung vorgegeben ist.

Haushaltsplan für 2024

Die Verwaltung hatte in den vergangenen Monaten den städtischen Haushaltsplan für 2024 zusammengestellt, der in dieser Sitzung vom Oberbürgermeister und vom Stadtkämmerer präsentiert wurde.

Während der Kämmerer Martin Murrack stolz darauf hinwies, dass die Stadt Duisburg inzwischen rund eine Milliarde Euro Schulden abgebaut hat und nun tatsächlich ein positives Eigenkapital in Höhe von 150 Mio. Euro aufweist (obwohl im Jahre 2014 noch ein negatives Eigenkapital von 447 Mio. Euro vorlag), ergoss sich der OB in Lobeshymnen auf sich und seine Genossen. Der Kämmerer befand, dass der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Leistung vollbracht hätten. Der OB konnte diesen Erfolg nur bei sich und der Ratsmehrheit von SPD/CDU sehen.

Der Kämmerer fasste die wesentlichen Zahlen zusammen: der städtische Haushalt 2024 hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Die Zinslast steigt durch die Erhöhung des Leitzinses der EZB stark an und erfordert im kommenden Jahr rund 40 Millionen Euro. Alle Energie- und Baukosten wachsen dramatisch, ebenso wie die Personalkosten durch den hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, der auch in den folgenden Jahren zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

Entgegen allen Erwartungen haben sich die Gewerbesteuererinnahmen extrem gut entwickelt, was die Merkwürdigkeit zur Folge hat, dass das Land NRW deutlich weniger Geld (Schlüsselzuweisungen) an Duisburg auszahlen wird. Im kommenden Jahr sind rund 88 Millionen Euro weniger zu erwarten. Zudem muss Duisburg dadurch deutlich mehr Zahlungen an den LVR und andere Verbände leisten.

Trotz der positiven Entwicklung warnte der Kämmerer angesichts der zahlreichen Krisen und Mehrkosten vor allzu großer Euphorie. Zur Erläuterung erklärte er, dass für 2024 zunächst mehrere Millionen Euro Überschuss geplant waren, die jedoch im Laufe der Berechnungen auf ca. 500.000 Euro zusammenschrumpften. Immerhin handelt es sich um einen kleinen Überschuss, nachdem in früheren Jahren stets Neuverschuldungen erforderlich waren, um den Haushalt auszugleichen. Wirklich neu ist, dass die Stadt der Finanzaufsicht den Haushaltsplan jetzt nur noch mitteilen muss, jedoch keine Genehmigung mehr einholen muss. Duisburg darf ab jetzt also frei über sein Geld verfügen.

Neustrukturierung des Suchthilfeverbandes e.V.

Im Hinblick auf die geplante Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes in Duisburg, hatte die Politik die Verwaltung gebeten, die Strukturen des Suchthilfeverbandes so zu verändern, dass die Interessen der Stadt sichergestellt sind und eine politische Begleitung der Arbeit des Vereins möglich ist.

Nach den Gesprächen und der Prüfung verschiedener Alternativen wurde dem Stadtrat jetzt das Ergebnis präsentiert. Demnach wird die Vereinsform beibehalten, jedoch werden Vorstand und Geschäftsführung getrennt und es wird ein 6köpfiger politischer Beirat gegründet, dem zwei Vertreter der SPD und jeweils ein Vertreter der CDU, der Grünen, der AfD und der Linken angehören werden. Die Fraktionsgröße der FDP reicht leider nicht aus, um in einem 6er Gremium vertreten sein zu können. Allerdings bestehen dennoch gute Kontakte zum Suchthilfeverband.

Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung

Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses hatten einen „Aktionsplan Queer“ gefordert. Die Verwaltung hat sich daraufhin mit diesem Thema beschäftigt und in der vorliegenden Beschlussvorlage erklärt, dass viele andere Städte bereits einen derartigen Plan besitzen. Die Erstellung dieser Pläne wurde fast immer durch Beraterfirmen durchgeführt und dauerte im Durchschnitt zwei bis drei Jahre.

Erwartungsgemäß gab es zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema, wobei die AfD sich grundsätzlich gegen einen Plan aussprach und die Grünen massiv monierten, dass der zu erstellende Plan „Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung“ heißen soll und nicht die Abkürzung „LGBTQ“ im Namen tragen soll. Letztendlich entschied sich der Rat mehrheitlich dafür, einen derartigen Plan (für ca. 25.000 Euro) erstellen zu lassen.

Neuorganisation der städtischen Immobilienwirtschaft

Nachdem der Stadtrat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, das IMD aufzulösen und die gesamte städtische Immobilienverwaltung neu zu organisieren, hatte die Stadtverwaltung nun einen konkreten Plan vorgelegt, wonach alle Schulgebäude und die dazugehörigen Turnhallen zukünftig von den Wirtschaftsbetrieben betreut werden sollen und alle anderen städtischen Gebäude von der Gebag. Über alle finanziellen Angelegenheiten soll die Verwaltung selbst bestimmen.

Zur Umsetzung sollen zwei sogenannte „Sondervermögen“ gegründet werden, nach dem Vorbild der Kindertageseinrichtungen, für die es in der Stadt bereits ein Sondervermögen gibt. Im Grunde kann man sich die „Sondervermögen“ wie Gesellschaften vorstellen, nur ohne Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführung und Mitarbeiter. Für die bisherigen Mitarbeiter des IMD sollen mehrere Optionen zur Verfügung stehen, wonach sie zur WDB, der Gebag oder in die Stadtverwaltung wechseln können.

All dies wurde im Vorfeld der Ratssitzung in den Gremien diskutiert und schien unstrittig zu sein. Überraschenderweise meldete die CDU-Fraktion zu Beginn der Ratssitzung an, dass sie noch Beratungsbedarf hätte und so wurde dieses Thema im letzten Moment von der Tagesordnung genommen.

„Stoffwindelbezuschussungsfond“

An Tagesordnungspunkt 27 stand eine von der Verwaltung vorbereitete Antwort an eine Petentin, die einen Bürgerantrag nach §24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht hatte. Sie hatte angeregt, dass die Stadt einen Fond für die Benutzung von Stoffwindeln einrichten möge. Damit sollte das Müllaufkommen durch Einwegwindeln vermieden werden. Falls die Stadt diese Idee tatsächlich realisieren und jedes Neugeborene mit 75,- Euro bezuschussen würde, entstünden jährliche Kosten in Höhe von knapp 350.000 Euro. Die Stadtverwaltung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und teilte dem Stadtrat jetzt ihre ablehnende Antwort an die Petentin mit. Demnach gibt es zahlreiche zertifizierte und nachhaltige Einwegwindeln und zudem erfordert das Waschen und die hygienische Handhabung der Stoffwindeln eine gewisse Aufklärung und die Ausstattung mit entsprechenden Waschmaschinen. Beides ist nach Auskunft der Verwaltung in vielen Duisburger Haushalten nur spärlich vorhanden. Einstimmig bestätigte der Stadtrat die Ablehnung dieses Vorschlags.

Optimierung des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich-Beeck

Die DVG hatte einige Änderungen des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich vorgeschlagen, die dem Stadtrat jetzt vorgelegt wurden. Auch hier nutzte der SPD-Vorsitzende die Gunst der Stunde (also die Livestream-Übertragung), um überschwänglich die Initiative der SPD zu loben, da der Landschaftspark Nord (LaPaNo) jetzt endlich eine eigene Bushaltestelle direkt vor dem Eingang bekomme.

Umbau des Sternbuschwegs

In einer weiteren Vorlage beschloss der Stadtrat die Umgestaltung und den großflächigen Umbau des Sternbuschwegs in Neudorf, bei dem (nach jetzigem Stand) Kosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro entstehen werden. Die vorgelegten Pläne der Verwaltung wurden kontrovers diskutiert: während für die einen der Autoverkehr zu sehr beeinträchtigt werden soll, wird er für die anderen zu wenig eingeschränkt, so dass Grüne und Linke sogar gegen den Umbau der Straße stimmten. Alle anderen Fraktionen genehmigten die Umbaupläne, die eine Beteiligung der Anlieger nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes auslösen werden.

Neue Feuerwache an Stelle der Rhein-Ruhr-Halle

Der Löschzug 310 der freiwilligen Feuerwehr soll auf dem Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle ein neues Gerätehaus mit angeschlossenem Schulungszentrum erhalten. Die erforderlichen Planungskosten in Höhe von 750.000 Euro beschloss der Stadtrat einstimmig. Für den Neubau werden (nach jetzigem Stand) rund 5 Millionen Euro veranschlagt.

Vor einigen Jahren gab die Stadt bekannt, dass an der Stelle der Rhein-Ruhr-Halle planungsrechtlich nichts Neues gebaut werden dürfe, da der Abstand zur Autobahn und zu den nahegelegenen Grillo-Werken zu gering sei. Warum es jetzt möglich ist, an dieser Stelle eine Feuerwache mit einem Schulungszentrum zu errichten, erklärte die Verwaltung in der Beschlussvorlage nicht. Allerdings freuten sich die Ratsmitglieder so über die Möglichkeit, eine neue Feuerwache zu errichten, dass es keine detaillierten Nachfragen gab, sondern nur uneingeschränkte (einstimmige) Zustimmung.

Sanierung des Stadttheaters

Dass das Duisburger Stadttheater saniert werden muss, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Allerdings ist bis heute nicht klar, in welchem Umfang die Sanierung durchgeführt werden muss. Es könnte sogar zu einem großen Teilabriss mit anschließendem Neubau kommen. Das alles soll in einer Machbarkeitsstudie, für die Kosten in Höhe von ca. 400.000 Euro anfallen, geklärt werden, die der Stadtrat jetzt einstimmig bei der DIG (Duisburger Infrastrukturgesellschaft) in Auftrag gab.

Zu diesem Thema lag ein Antrag der Fraktion JuDu vor, die erklärten, dass es bereits vor zwei Jahren eine Studie zur Sanierung des Theaters gegeben habe, aus der die Fachverwaltung im Kulturausschuss zwar immer wieder mal zitierte, die der Politik jedoch nie ausgehändigt wurde. Dementsprechend forderte JuDu jetzt die Vorlage dieser ersten Studie. Überraschenderweise wehrten sich der Oberbürgermeister und der zuständige Dezernent Linne extrem gegen die Herausgabe dieser Studie. OB Link erklärte, dass man nichts Besonders oder „*mysteriöses*“ in diese Studie hineininterpretieren solle und dass er die alte Studie erst veröffentlichen wolle, wenn die neue Studie fertig sei.

Darüber kam es zu längeren heftigen Diskussionen und zu der Ankündigung einzelner Mandatsträger, hier eine Akteneinsicht im Sinne der Gemeindeordnung einzufordern. Üblicherweise steht die SPD (und meist auch die CDU) zu „ihrem“ Oberbürgermeister, was bedeutet, dass wenn er etwas nicht will, die beiden Fraktionen auch dagegen stimmen. Überraschenderweise stimmte der Stadtrat einstimmig(!) dafür, die frühere Studie zur Sanierung des Stadttheaters zu veröffentlichen - und zwar sofort und nicht erst nach Erstellung der neuen Studie. Ob SPD und CDU dem OB hier bewusst die Gefolgschaft versagten oder ob die Abstimmung ein Missverständnis war, ist nicht bekannt.

Wirtschaftsplan 2023 für DuisburgSport

Nach der Pause und zahlreichen Wortbeiträgen zu ´alltäglichen´ Schulthemen (die früher stets kommentarlos beschlossen wurden) lag der Wirtschaftsplan von DuisburgSport vor. Irritierend war, dass es sich um den Finanzplan für das Jahr 2023 handelte, welches in gut drei Monaten bereits vorbei ist. Der zuständige Dezernent Linne erklärte, dass es dafür „*gute Gründe*“ gäbe, wie z.B. den Ukrainekrieg oder die Energiekrise, was zu Recht von einigen Ratsmitgliedern (u.a. auch von Wilhelm Bies) kritisiert wurde. Verschärfend kam hinzu, dass auch der Wirtschaftsplan 2022 schon so spät erstellt wurde.

Aus diesem Grunde beantragten die Grünen, dass das Rechnungsprüfungsamt damit beauftragt werden solle, die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen von DuisburgSport zu prüfen. Dagegen wehrten sich SPD und CDU und warfen den Grünen vor, bei der Gesellschaft für einen Vertrauensverlust zu sorgen, der nicht gerechtfertigt sei. Wilhelm Bies erklärte, dass der Rat ein Zeichen setzen solle, damit die Gesellschaft erkenne, dass sie nicht machen könne, was sie wolle. Die meisten Ratsfraktionen stimmten dem Antrag der Grünen zu, die SPD-CDU-Mehrheit lehnte ihn jedoch ab.

Kommunale Wärmeplanung

Im weiteren Verlauf der Sitzung beauftragte der Stadtrat die Verwaltung (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken) mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Dieses Thema provozierte zahlreiche Wortmeldungen, bei denen es zumeist um die Eskapaden bei der Erstellung des entsprechenden Gesetzes ging. Auch Oberbürgermeister Sören Link ließ sich mehrfach dazu hinreißen, relativ scharf den Bundeswirtschaftsminister zu kritisieren. Die AfD lehnte die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung vollständig ab. Den Grünen hingegen kann es nicht schnell genug gehen, weshalb sie einen Zusatzantrag stellten, wonach der zu erstellende Plan bereits bis 2025 fertig sein muss. Nach langen Diskussionen stimmten jedoch nur Grüne, Linke und Tierschutz/DAL dem Zusatzantrag zu, so dass es für die Stadtverwaltung nun kein Zeitlimit für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung gibt.

Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Seit längerer Zeit beraten die politischen Gremien die Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes, wie er in anderen größeren Städten bereits relativ erfolgreich betrieben wird. Inzwischen gibt es ein Konzept, indem das Angebot und Art der Einrichtung und z.B. die Öffnungszeiten geregelt wurden. Insofern musste der Stadtrat jetzt nur noch „den Segen geben“, sodass die Verantwortlichen sich auf die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten machen können. Einig war man sich bisher dabei, dass es ein Raum bzw. Gebäude in der Nähe des Kantparks und des Hauptbahnhofes sein soll.

Die Fraktion JuDu kam jetzt auf die Idee, keinen festen Drogenkonsumraum einzurichten und stattdessen „mobile Alternativen“ anzubieten, also ein oder mehrere sogenannte Drogenkonsummobile. Dieser Antrag löste eine lange Debatte aus, wobei die meisten Redner/innen der JuDu-Fraktion Ahnungslosigkeit in diesem Thema vorwarfen. Die CDU wies darauf hin, dass sämtliche mobilen Angebote in anderen Städten bereits gescheitert seien und man unbedingt eine stationäre Hilfe anbieten müsse, notfalls auch an mehreren Stellen, jedoch nicht wie ein „Bücherbus“ ohne feste Anlaufstelle. Für den Antrag von JuDu stimmten nur die Fraktionen von JuDu und die AfD, alle anderen Fraktionen lehnten die Idee ab und beschlossen die Einrichtung eines ortsgebundenen Drogenkonsumraumes.

Wasserstoff-Hub

Ein weitere Beschlussvorlage an diesem Tag hatte folgenden Wortlaut: *„Der Rat der Stadt Duisburg stimmt dem Entwurf des Kooperationsvertrags mit der thyssenkrupp Steel Europe AG über die gemeinschaftliche Entwicklung eines Wasserstoff-Hubs für die Rhein-Ruhr-Region auf dem Gelände des ehemaligen Grobblechwerks von tkSE im Stadtteil Duisburg-Hüttenheim zu.“*

ThyssenKrupp und die Stadt Duisburg beabsichtigen demnach zu prüfen, ob das Gelände des ehemaligen Grobblechwerks in Hüttenheim für eine wasserstoffaffine Nutzung entwickelt werden könne. Es soll untersucht werden, ob die folgenden Bausteine eines Wasserstoff-Hubs auf dem Areal errichtet werden können: Wasserstoff-Gewerbegebiet H2 (nachhaltiges Gewerbegebiet), Wasserstoff-Campus H2 (Forschung und Entwicklung, Netzwerke etc.), Wasserstoffproduktion und Lagerung. Mit der Entwicklung soll die „NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH“ beauftragt werden. Nachdem zahlreiche Redner/innen das Projekt gelobt hatten, stimmte der Rat einstimmig zu.

FDP-Antrag „Duisburg ist echt unsichtbar“

An Top 63 wurde der Antrag der FDP-Fraktion beraten, den die Partei auf dem letzten Kreisparteitag beschlossen hatte, wonach die Stadt anstreben solle, dass die Autobahnbeschilderungen in Richtung Duisburg irgendwann auch einmal mit „Richtung Duisburg“ ausgeschildert sein sollen und nicht „Richtung Oberhausen“, wie es jetzt der Fall ist. Ratsherr und Parteivorsitzender Oliver Alefs erläuterte und begründete den Antrag, der von vielen Ratsmitgliedern der anderen Fraktionen eher ironisch kommentiert wurde. Die eigentliche Intention des Antrags, dass die Stadt wenigstens den Wunsch äußert und sich eventuell auch das langfristige Ziel setzt, dass die Beschilderungen der Autobahnen irgendwann einmal anders aussehen sollten, konnten oder wollten die anderen Fraktionen nicht erkennen. Dementsprechend stimmten alle anderen Fraktionen gegen den FDP-Antrag.

Anfragen

Es folgen viele Anfragen der Fraktionen und einzelner Ratsmitglieder, die überraschenderweise alle sofort von den Dezernenten beantwortet wurden. Früher hatte der Oberbürgermeister stets nur schriftliche Antworten verfassen lassen, die dann später im Protokoll abgedruckt wurden. Allerdings vergingen dabei mitunter Monate bis zur Antwort auf aktuelle Fragestellungen. Nachdem der Ältestenrat sich darüber ausgetauscht hatte, lässt der OB die Dezernenten sofort auf die meisten Anfragen antworten.

Schulsozialarbeit

Zum Sachstand der Schulsozialarbeit in Duisburg hatte die Verwaltung einen Bericht vorbereitet, der dem Rat zur Kenntnis vorgelegt wurde. Bei derartigen Vorlagen, bei denen es um keinen Beschluss geht, sondern nur um die Beachtung des Themas, erfolgten in den bisherigen Ratssitzungen selten Wortmeldungen. Aber diesmal provozierten wohl die laufenden Kameras zahlreiche Wortmeldungen, obwohl es bei diesem Thema eigentlich keinen Dissens zwischen den Fraktionen gab.

Vornehmlich ging es um die Sorge, dass das Land die bisherige finanzielle Unterstützung für Schulsozialarbeit kürzen könnte. Gegen die Forderung einiger Ratsmitglieder, dass die Stadt dann die Kosten übernehmen müsse, wehrte sich der Oberbürgermeister mit der Argumentation, dass dies ein fatales Zeichen an das Land wäre. Er befürchte, dass das Land dann noch viele andere Zuschüsse kürzen oder gar streichen könne, ohne dass die Kommunen sich dagegen wehren würden.

Mehr Gehalt für den OB und die Dezernenten

Da eine Volkszählung im Jahr 2022 ergeben hatte, dass die Stadt Duisburg 502.211 Einwohnerinnen und Einwohner hat, also die 500.000er Marke überschritten hat, stehen dem Oberbürgermeister und den Dezernenten höhere Gehälter zu. Die neuen Eingruppierungen werden nicht vom Rat beschlossen, sondern ergeben sich automatisch aus dem Beamtenrecht. Das Gehalt des Oberbürgermeisters steigt von Besoldungsgruppe B10 auf B11. Das Gehalt des Stadtdirektors von B6 auf B8 und die Gehälter der anderen Dezernenten von B5 auf B7, was bedeutet, dass der OB jetzt ein monatliches Gehalt von knapp über 15.000 Euro erhält und die Dezernenten etwas über 11.000 Euro.

Duisburger Absage an die Frauen-Fußballweltmeisterschaft

In einer weiteren Mitteilungsvorlage teilte die Verwaltung dem Rat mit, dass man sich gezwungen sah, die Bewerbung der Stadt als Mitausrichter der Frauen-Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2027 zurückzuziehen, da das Stadiondach sanierungsbedürftig ist und bis 2027 nicht adäquat repariert oder erneuert werden kann. Zu diesem Thema gab es erwartungsgemäß zahlreiche Wortmeldungen. Oft wurde moniert, dass die Reparatur oder Erneuerung des Stadiondaches offenbar länger als vier Jahre dauern soll. Der Oberbürgermeister bedauerte ebenfalls die Absage, erläuterte jedoch, dass es gegebenenfalls zu hohen Regressansprüchen führen könne, wenn man nicht jetzt die Reißleine gezogen hätte.

Antrag der Grünen: Hochfelder Einkaufsstraße für Autos sperren

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung stand noch ein strittiger Antrag der Grünen auf der Tagesordnung. Sie wollten die Haupteinkaufsstraße in Hochfeld, die Wanheimer Straße, für den Autoverkehr sperren, was zahlreiche gegnerische Wortmeldungen erzeugte. Auf jede Wortmeldung erfolgte sofort eine Erwiderung der Grünen, so dass sich die Diskussion extrem in die Länge zog, obwohl nahezu alle Redner und Rednerinnen sich gegen den Antrag aussprachen. Oft wurde der Antrag als Träumerei, weltfremd oder sogar als Blödsinn bezeichnet. Eine Rednerin erinnerte daran, dass auch die Verkehrsströme zur IGA 2027 durch diese Straße fließen sollen. Nur Grüne und Linke stimmten für diesen Antrag, alle anderen Ratsfraktionen lehnten ihn ab.

Antrag der Linken: 19-Euro-Ticket einführen

Ein ähnlich umstrittener Antrag kam danach noch von den Linken, denen weder das 49-Euro-Ticket des Bundes noch das 39-Euro Ticket des Landes günstig genug ist. Sie wollten, dass in Duisburg im Nahverkehr ein 19-Euro-Ticket eingeführt wird. Die Grünen störte im Antrag lediglich, dass die Landesregierung aufgefordert werden sollte, ein noch billigeres Ticket zu ermöglichen, ansonsten stimmten sie dem Antrag der Linken zu. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Linken ab.

Um 21:05 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung, mit 11 Tagesordnungspunkten folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist bereits für den 28. September 2023 geplant. Es handelt sich um eine Sondersitzung zum Umbau der A59 und der Neustrukturierung des IMD.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

 FDP-Fraktionsgeschäftsführer

Rats-Update Nr. 15

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. September 2023

14 Wochen (inklusive Sommerpause) waren seit der letzten Sitzung des Duisburger Stadtrates vergangen. Allerdings bedeutete das nicht 14 Wochen Pause für die Mandatsträger, denn bereits seit Mitte August tagten die verschiedenen Ausschüsse, Bezirksvertretungen und sonstigen politischen Gremien, deren Beratungen jetzt in der Ratssitzung am 18. September ihren Abschluss fanden.

Livestream-Übertragung der Ratssitzung

Eine wesentliche Neuerung prägte diese Ratssitzung viel deutlicher, als es viele Teilnehmer vorher erwartet hatten. Denn vor der Sommerpause hatte der Stadtrat beschlossen, diese und die weiteren 4 Sitzungen per Livestream im Internet zu übertragen (direkt auf der Homepage der Stadt Duisburg).

Was unspektakulär klingt, erwies sich als regelrechter „Motivator“ für die Anzahl und die Art der Wortmeldungen. So fiel bereits zu Beginn auf, dass der Oberbürgermeister und der SPD-Vorsitzende Reden hielten, die im Stil (und im Selbstlob) kämpferischen Parteitagsreden glichen. Auch zu späterer Stunde wurde kaum ein Thema unkommentiert gelassen, was in der Vergangenheit auffallend anders war. Denn bei den meisten Beschlüssen haben die inhaltlichen Beratungen ja bereits in den vorhergehenden Ausschüssen stattgefunden und der Rat muss nur noch die Abschlussabstimmung vornehmen. Der neue Livestream mit seinen 3 Kameras reizte offenbar zu zahlreichen Wortmeldungen.

Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern

Zu Beginn dieser Sitzung stand die Einführung und Verpflichtung von zwei neuen Ratsmitgliedern, da seit der letzten Ratssitzung sowohl in der SPD als auch bei den Grünen jeweils ein Ratsmitglied ausgeschieden war. Dazu sprachen „die Neuen“ eine Verpflichtungsformel, wie sie nach der Gemeindeordnung vorgegeben ist.

Haushaltsplan für 2024

Die Verwaltung hatte in den vergangenen Monaten den städtischen Haushaltsplan für 2024 zusammengestellt, der in dieser Sitzung vom Oberbürgermeister und vom Stadtkämmerer präsentiert wurde.

Während der Kämmerer Martin Murrack stolz darauf hinwies, dass die Stadt Duisburg inzwischen rund eine Milliarde Euro Schulden abgebaut hat und nun tatsächlich ein positives Eigenkapital in Höhe von 150 Mio. Euro aufweist (obwohl im Jahre 2014 noch ein negatives Eigenkapital von 447 Mio. Euro vorlag), ergoss sich der OB in Lobeshymnen auf sich und seine Genossen. Der Kämmerer befand, dass der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Leistung vollbracht hätten. Der OB konnte diesen Erfolg nur bei sich und der Ratsmehrheit von SPD/CDU sehen.

Der Kämmerer fasste die wesentlichen Zahlen zusammen: der städtische Haushalt 2024 hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Die Zinslast steigt durch die Erhöhung des Leitzinses der EZB stark an und erfordert im kommenden Jahr rund 40 Millionen Euro. Alle Energie- und Baukosten wachsen dramatisch, ebenso wie die Personalkosten durch den hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, der auch in den folgenden Jahren zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

Entgegen allen Erwartungen haben sich die Gewerbesteuereinnahmen extrem gut entwickelt, was die Merkwürdigkeit zur Folge hat, dass das Land NRW deutlich weniger Geld (Schlüsselzuweisungen) an Duisburg auszahlen wird. Im kommenden Jahr sind rund 88 Millionen Euro weniger zu erwarten. Zudem muss Duisburg dadurch deutlich mehr Zahlungen an den LVR und andere Verbände leisten.

Trotz der positiven Entwicklung warnte der Kämmerer angesichts der zahlreichen Krisen und Mehrkosten vor allzu großer Euphorie. Zur Erläuterung erklärte er, dass für 2024 zunächst mehrere Millionen Euro Überschuss geplant waren, die jedoch im Laufe der Berechnungen auf ca. 500.000 Euro zusammenschrumpften. Immerhin handelt es sich um einen kleinen Überschuss, nachdem in früheren Jahren stets Neuverschuldungen erforderlich waren, um den Haushalt auszugleichen. Wirklich neu ist, dass die Stadt der Finanzaufsicht den Haushaltsplan jetzt nur noch mitteilen muss, jedoch keine Genehmigung mehr einholen muss. Duisburg darf ab jetzt also frei über sein Geld verfügen.

Neustrukturierung des Suchthilfeverbandes e.V.

Im Hinblick auf die geplante Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes in Duisburg, hatte die Politik die Verwaltung gebeten, die Strukturen des Suchthilfeverbandes so zu verändern, dass die Interessen der Stadt sichergestellt sind und eine politische Begleitung der Arbeit des Vereins möglich ist.

Nach den Gesprächen und der Prüfung verschiedener Alternativen wurde dem Stadtrat jetzt das Ergebnis präsentiert. Demnach wird die Vereinsform beibehalten, jedoch werden Vorstand und Geschäftsführung getrennt und es wird ein 6köpfiger politischer Beirat gegründet, dem zwei Vertreter der SPD und jeweils ein Vertreter der CDU, der Grünen, der AfD und der Linken angehören werden. Die Fraktionsgröße der FDP reicht leider nicht aus, um in einem 6er Gremium vertreten sein zu können. Allerdings bestehen dennoch gute Kontakte zum Suchthilfeverband.

Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung

Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses hatten einen „Aktionsplan Queer“ gefordert. Die Verwaltung hat sich daraufhin mit diesem Thema beschäftigt und in der vorliegenden Beschlussvorlage erklärt, dass viele andere Städte bereits einen derartigen Plan besitzen. Die Erstellung dieser Pläne wurde fast immer durch Beraterfirmen durchgeführt und dauerte im Durchschnitt zwei bis drei Jahre.

Erwartungsgemäß gab es zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema, wobei die AfD sich grundsätzlich gegen einen Plan aussprach und die Grünen massiv monierten, dass der zu erstellende Plan „Aktionsplan gegen Trans-, Bi- und Homo-Feindlichkeit und Diskriminierung“ heißen soll und nicht die Abkürzung „LGBTQ“ im Namen tragen soll. Letztendlich entschied sich der Rat mehrheitlich dafür, einen derartigen Plan (für ca. 25.000 Euro) erstellen zu lassen.

Neuorganisation der städtischen Immobilienwirtschaft

Nachdem der Stadtrat in der letzten Sitzung beschlossen hatte, das IMD aufzulösen und die gesamte städtische Immobilienverwaltung neu zu organisieren, hatte die Stadtverwaltung nun einen konkreten Plan vorgelegt, wonach alle Schulgebäude und die dazugehörigen Turnhallen zukünftig von den Wirtschaftsbetrieben betreut werden sollen und alle anderen städtischen Gebäude von der Gebag. Über alle finanziellen Angelegenheiten soll die Verwaltung selbst bestimmen.

Zur Umsetzung sollen zwei sogenannte „Sondervermögen“ gegründet werden, nach dem Vorbild der Kindertageseinrichtungen, für die es in der Stadt bereits ein Sondervermögen gibt. Im Grunde kann man sich die „Sondervermögen“ wie Gesellschaften vorstellen, nur ohne Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführung und Mitarbeiter. Für die bisherigen Mitarbeiter des IMD sollen mehrere Optionen zur Verfügung stehen, wonach sie zur WDB, der Gebag oder in die Stadtverwaltung wechseln können.

All dies wurde im Vorfeld der Ratssitzung in den Gremien diskutiert und schien unstrittig zu sein. Überraschenderweise meldete die CDU-Fraktion zu Beginn der Ratssitzung an, dass sie noch Beratungsbedarf hätte und so wurde dieses Thema im letzten Moment von der Tagesordnung genommen.

„Stoffwindelbezuschussungsfond“

An Tagesordnungspunkt 27 stand eine von der Verwaltung vorbereitete Antwort an eine Petentin, die einen Bürgerantrag nach §24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht hatte. Sie hatte angeregt, dass die Stadt einen Fond für die Benutzung von Stoffwindeln einrichten möge. Damit sollte das Müllaufkommen durch Einwegwindeln vermieden werden. Falls die Stadt diese Idee tatsächlich realisieren und jedes Neugeborene mit 75,- Euro bezuschussen würde, entstünden jährliche Kosten in Höhe von knapp 350.000 Euro. Die Stadtverwaltung hat sich mit diesem Thema beschäftigt und teilte dem Stadtrat jetzt ihre ablehnende Antwort an die Petentin mit. Demnach gibt es zahlreiche zertifizierte und nachhaltige Einwegwindeln und zudem erfordert das Waschen und die hygienische Handhabung der Stoffwindeln eine gewisse Aufklärung und die Ausstattung mit entsprechenden Waschmaschinen. Beides ist nach Auskunft der Verwaltung in vielen Duisburger Haushalten nur spärlich vorhanden. Einstimmig bestätigte der Stadtrat die Ablehnung dieses Vorschlags.

Optimierung des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich-Beeck

Die DVG hatte einige Änderungen des Nahverkehrsplans im Bereich Meiderich vorgeschlagen, die dem Stadtrat jetzt vorgelegt wurden. Auch hier nutzte der SPD-Vorsitzende die Gunst der Stunde (also die Livestream-Übertragung), um überschwänglich die Initiative der SPD zu loben, da der Landschaftspark Nord (LaPaNo) jetzt endlich eine eigene Bushaltestelle direkt vor dem Eingang bekomme.

Umbau des Sternbuschwegs

In einer weiteren Vorlage beschloss der Stadtrat die Umgestaltung und den großflächigen Umbau des Sternbuschwegs in Neudorf, bei dem (nach jetzigem Stand) Kosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro entstehen werden. Die vorgelegten Pläne der Verwaltung wurden kontrovers diskutiert: während für die einen der Autoverkehr zu sehr beeinträchtigt werden soll, wird er für die anderen zu wenig eingeschränkt, so dass Grüne und Linke sogar gegen den Umbau der Straße stimmten. Alle anderen Fraktionen genehmigten die Umbaupläne, die eine Beteiligung der Anlieger nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes auslösen werden.

Neue Feuerwache an Stelle der Rhein-Ruhr-Halle

Der Löschzug 310 der freiwilligen Feuerwehr soll auf dem Gebiet der Rhein-Ruhr-Halle ein neues Gerätehaus mit angeschlossenem Schulungszentrum erhalten. Die erforderlichen Planungskosten in Höhe von 750.000 Euro beschloss der Stadtrat einstimmig. Für den Neubau werden (nach jetzigem Stand) rund 5 Millionen Euro veranschlagt.

Vor einigen Jahren gab die Stadt bekannt, dass an der Stelle der Rhein-Ruhr-Halle planungsrechtlich nichts Neues gebaut werden dürfe, da der Abstand zur Autobahn und zu den nahegelegenen Grillo-Werken zu gering sei. Warum es jetzt möglich ist, an dieser Stelle eine Feuerwache mit einem Schulungszentrum zu errichten, erklärte die Verwaltung in der Beschlussvorlage nicht. Allerdings freuten sich die Ratsmitglieder so über die Möglichkeit, eine neue Feuerwache zu errichten, dass es keine detaillierten Nachfragen gab, sondern nur uneingeschränkte (einstimmige) Zustimmung.

Sanierung des Stadttheaters

Dass das Duisburger Stadttheater saniert werden muss, ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Allerdings ist bis heute nicht klar, in welchem Umfang die Sanierung durchgeführt werden muss. Es könnte sogar zu einem großen Teilabriss mit anschließendem Neubau kommen. Das alles soll in einer Machbarkeitsstudie, für die Kosten in Höhe von ca. 400.000 Euro anfallen, geklärt werden, die der Stadtrat jetzt einstimmig bei der DIG (Duisburger Infrastrukturgesellschaft) in Auftrag gab.

Zu diesem Thema lag ein Antrag der Fraktion JuDu vor, die erklärten, dass es bereits vor zwei Jahren eine Studie zur Sanierung des Theaters gegeben habe, aus der die Fachverwaltung im Kulturausschuss zwar immer wieder mal zitierte, die der Politik jedoch nie ausgehändigt wurde. Dementsprechend forderte JuDu jetzt die Vorlage dieser ersten Studie. Überraschenderweise wehrten sich der Oberbürgermeister und der zuständige Dezernent Linne extrem gegen die Herausgabe dieser Studie. OB Link erklärte, dass man nichts Besonders oder „*mysteriöses*“ in diese Studie hineininterpretieren solle und dass er die alte Studie erst veröffentlichen wolle, wenn die neue Studie fertig sei.

Darüber kam es zu längeren heftigen Diskussionen und zu der Ankündigung einzelner Mandatsträger, hier eine Akteneinsicht im Sinne der Gemeindeordnung einzufordern. Üblicherweise steht die SPD (und meist auch die CDU) zu „ihrem“ Oberbürgermeister, was bedeutet, dass wenn er etwas nicht will, die beiden Fraktionen auch dagegen stimmen. Überraschenderweise stimmte der Stadtrat einstimmig(!) dafür, die frühere Studie zur Sanierung des Stadttheaters zu veröffentlichen - und zwar sofort und nicht erst nach Erstellung der neuen Studie. Ob SPD und CDU dem OB hier bewusst die Gefolgschaft versagten oder ob die Abstimmung ein Missverständnis war, ist nicht bekannt.

Wirtschaftsplan 2023 für DuisburgSport

Nach der Pause und zahlreichen Wortbeiträgen zu ´alltäglichen´ Schulthemen (die früher stets kommentarlos beschlossen wurden) lag der Wirtschaftsplan von DuisburgSport vor. Irritierend war, dass es sich um den Finanzplan für das Jahr 2023 handelte, welches in gut drei Monaten bereits vorbei ist. Der zuständige Dezernent Linne erklärte, dass es dafür „*gute Gründe*“ gäbe, wie z.B. den Ukrainekrieg oder die Energiekrise, was zu Recht von einigen Ratsmitgliedern (u.a. auch von Wilhelm Bies) kritisiert wurde. Verschärfend kam hinzu, dass auch der Wirtschaftsplan 2022 schon so spät erstellt wurde.

Aus diesem Grunde beantragten die Grünen, dass das Rechnungsprüfungsamt damit beauftragt werden solle, die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen von DuisburgSport zu prüfen. Dagegen wehrten sich SPD und CDU und warfen den Grünen vor, bei der Gesellschaft für einen Vertrauensverlust zu sorgen, der nicht gerechtfertigt sei. Wilhelm Bies erklärte, dass der Rat ein Zeichen setzen solle, damit die Gesellschaft erkenne, dass sie nicht machen könne, was sie wolle. Die meisten Ratsfraktionen stimmten dem Antrag der Grünen zu, die SPD-CDU-Mehrheit lehnte ihn jedoch ab.

Kommunale Wärmeplanung

Im weiteren Verlauf der Sitzung beauftragte der Stadtrat die Verwaltung (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken) mit der Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung. Dieses Thema provozierte zahlreiche Wortmeldungen, bei denen es zumeist um die Eskapaden bei der Erstellung des entsprechenden Gesetzes ging. Auch Oberbürgermeister Sören Link ließ sich mehrfach dazu hinreißen, relativ scharf den Bundeswirtschaftsminister zu kritisieren. Die AfD lehnte die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung vollständig ab. Den Grünen hingegen kann es nicht schnell genug gehen, weshalb sie einen Zusatzantrag stellten, wonach der zu erstellende Plan bereits bis 2025 fertig sein muss. Nach langen Diskussionen stimmten jedoch nur Grüne, Linke und Tierschutz/DAL dem Zusatzantrag zu, so dass es für die Stadtverwaltung nun kein Zeitlimit für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung gibt.

Einrichtung eines Drogenkonsumraumes

Seit längerer Zeit beraten die politischen Gremien die Einrichtung eines städtischen Drogenkonsumraumes, wie er in anderen größeren Städten bereits relativ erfolgreich betrieben wird. Inzwischen gibt es ein Konzept, indem das Angebot und Art der Einrichtung und z.B. die Öffnungszeiten geregelt wurden. Insofern musste der Stadtrat jetzt nur noch „den Segen geben“, sodass die Verantwortlichen sich auf die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten machen können. Einig war man sich bisher dabei, dass es ein Raum bzw. Gebäude in der Nähe des Kantparks und des Hauptbahnhofes sein soll.

Die Fraktion JuDu kam jetzt auf die Idee, keinen festen Drogenkonsumraum einzurichten und stattdessen „mobile Alternativen“ anzubieten, also ein oder mehrere sogenannte Drogenkonsummobile. Dieser Antrag löste eine lange Debatte aus, wobei die meisten Redner/innen der JuDu-Fraktion Ahnungslosigkeit in diesem Thema vorwarfen. Die CDU wies darauf hin, dass sämtliche mobilen Angebote in anderen Städten bereits gescheitert seien und man unbedingt eine stationäre Hilfe anbieten müsse, notfalls auch an mehreren Stellen, jedoch nicht wie ein „Bücherbus“ ohne feste Anlaufstelle. Für den Antrag von JuDu stimmten nur die Fraktionen von JuDu und die AfD, alle anderen Fraktionen lehnten die Idee ab und beschlossen die Einrichtung eines ortsgebundenen Drogenkonsumraumes.

Wasserstoff-Hub

Ein weitere Beschlussvorlage an diesem Tag hatte folgenden Wortlaut: *„Der Rat der Stadt Duisburg stimmt dem Entwurf des Kooperationsvertrags mit der thyssenkrupp Steel Europe AG über die gemeinschaftliche Entwicklung eines Wasserstoff-Hubs für die Rhein-Ruhr-Region auf dem Gelände des ehemaligen Grobblechwerks von tkSE im Stadtteil Duisburg-Hüttenheim zu.“*

ThyssenKrupp und die Stadt Duisburg beabsichtigen demnach zu prüfen, ob das Gelände des ehemaligen Grobblechwerks in Hüttenheim für eine wasserstoffaffine Nutzung entwickelt werden könne. Es soll untersucht werden, ob die folgenden Bausteine eines Wasserstoff-Hubs auf dem Areal errichtet werden können: Wasserstoff-Gewerbegebiet H2 (nachhaltiges Gewerbegebiet), Wasserstoff-Campus H2 (Forschung und Entwicklung, Netzwerke etc.), Wasserstoffproduktion und Lagerung. Mit der Entwicklung soll die „NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH“ beauftragt werden. Nachdem zahlreiche Redner/innen das Projekt gelobt hatten, stimmte der Rat einstimmig zu.

FDP-Antrag „Duisburg ist echt unsichtbar“

An Top 63 wurde der Antrag der FDP-Fraktion beraten, den die Partei auf dem letzten Kreisparteitag beschlossen hatte, wonach die Stadt anstreben solle, dass die Autobahnbeschilderungen in Richtung Duisburg irgendwann auch einmal mit „Richtung Duisburg“ ausgeschildert sein sollen und nicht „Richtung Oberhausen“, wie es jetzt der Fall ist. Ratsherr und Parteivorsitzender Oliver Alefs erläuterte und begründete den Antrag, der von vielen Ratsmitgliedern der anderen Fraktionen eher ironisch kommentiert wurde. Die eigentliche Intention des Antrags, dass die Stadt wenigstens den Wunsch äußert und sich eventuell auch das langfristige Ziel setzt, dass die Beschilderungen der Autobahnen irgendwann einmal anders aussehen sollten, konnten oder wollten die anderen Fraktionen nicht erkennen. Dementsprechend stimmten alle anderen Fraktionen gegen den FDP-Antrag.

Anfragen

Es folgen viele Anfragen der Fraktionen und einzelner Ratsmitglieder, die überraschenderweise alle sofort von den Dezernenten beantwortet wurden. Früher hatte der Oberbürgermeister stets nur schriftliche Antworten verfassen lassen, die dann später im Protokoll abgedruckt wurden. Allerdings vergingen dabei mitunter Monate bis zur Antwort auf aktuelle Fragestellungen. Nachdem der Ältestenrat sich darüber ausgetauscht hatte, lässt der OB die Dezernenten sofort auf die meisten Anfragen antworten.

Schulsozialarbeit

Zum Sachstand der Schulsozialarbeit in Duisburg hatte die Verwaltung einen Bericht vorbereitet, der dem Rat zur Kenntnis vorgelegt wurde. Bei derartigen Vorlagen, bei denen es um keinen Beschluss geht, sondern nur um die Beachtung des Themas, erfolgten in den bisherigen Ratssitzungen selten Wortmeldungen. Aber diesmal provozierten wohl die laufenden Kameras zahlreiche Wortmeldungen, obwohl es bei diesem Thema eigentlich keinen Dissens zwischen den Fraktionen gab.

Vornehmlich ging es um die Sorge, dass das Land die bisherige finanzielle Unterstützung für Schulsozialarbeit kürzen könnte. Gegen die Forderung einiger Ratsmitglieder, dass die Stadt dann die Kosten übernehmen müsse, wehrte sich der Oberbürgermeister mit der Argumentation, dass dies ein fatales Zeichen an das Land wäre. Er befürchte, dass das Land dann noch viele andere Zuschüsse kürzen oder gar streichen könne, ohne dass die Kommunen sich dagegen wehren würden.

Mehr Gehalt für den OB und die Dezernenten

Da eine Volkszählung im Jahr 2022 ergeben hatte, dass die Stadt Duisburg 502.211 Einwohnerinnen und Einwohner hat, also die 500.000er Marke überschritten hat, stehen dem Oberbürgermeister und den Dezernenten höhere Gehälter zu. Die neuen Eingruppierungen werden nicht vom Rat beschlossen, sondern ergeben sich automatisch aus dem Beamtenrecht. Das Gehalt des Oberbürgermeisters steigt von Besoldungsgruppe B10 auf B11. Das Gehalt des Stadtdirektors von B6 auf B8 und die Gehälter der anderen Dezernenten von B5 auf B7, was bedeutet, dass der OB jetzt ein monatliches Gehalt von knapp über 15.000 Euro erhält und die Dezernenten etwas über 11.000 Euro.

Duisburger Absage an die Frauen-Fußballweltmeisterschaft

In einer weiteren Mitteilungsvorlage teilte die Verwaltung dem Rat mit, dass man sich gezwungen sah, die Bewerbung der Stadt als Mitausrichter der Frauen-Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2027 zurückzuziehen, da das Stadiondach sanierungsbedürftig ist und bis 2027 nicht adäquat repariert oder erneuert werden kann. Zu diesem Thema gab es erwartungsgemäß zahlreiche Wortmeldungen. Oft wurde moniert, dass die Reparatur oder Erneuerung des Stadiondaches offenbar länger als vier Jahre dauern soll. Der Oberbürgermeister bedauerte ebenfalls die Absage, erläuterte jedoch, dass es gegebenenfalls zu hohen Regressansprüchen führen könne, wenn man nicht jetzt die Reißleine gezogen hätte.

Antrag der Grünen: Hochfelder Einkaufsstraße für Autos sperren

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung stand noch ein strittiger Antrag der Grünen auf der Tagesordnung. Sie wollten die Haupteinkaufsstraße in Hochfeld, die Wanheimer Straße, für den Autoverkehr sperren, was zahlreiche gegnerische Wortmeldungen erzeugte. Auf jede Wortmeldung erfolgte sofort eine Erwiderung der Grünen, so dass sich die Diskussion extrem in die Länge zog, obwohl nahezu alle Redner und Rednerinnen sich gegen den Antrag aussprachen. Oft wurde der Antrag als Träumerei, weltfremd oder sogar als Blödsinn bezeichnet. Eine Rednerin erinnerte daran, dass auch die Verkehrsströme zur IGA 2027 durch diese Straße fließen sollen. Nur Grüne und Linke stimmten für diesen Antrag, alle anderen Ratsfraktionen lehnten ihn ab.

Antrag der Linken: 19-Euro-Ticket einführen

Ein ähnlich umstrittener Antrag kam danach noch von den Linken, denen weder das 49-Euro-Ticket des Bundes noch das 39-Euro Ticket des Landes günstig genug ist. Sie wollten, dass in Duisburg im Nahverkehr ein 19-Euro-Ticket eingeführt wird. Die Grünen störte im Antrag lediglich, dass die Landesregierung aufgefordert werden sollte, ein noch billigeres Ticket zu ermöglichen, ansonsten stimmten sie dem Antrag der Linken zu. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Linken ab.

Um 21:05 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine nichtöffentliche Sitzung, mit 11 Tagesordnungspunkten folgte. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist bereits für den 28. September 2023 geplant. Es handelt sich um eine Sondersitzung zum Umbau der A59 und der Neustrukturierung des IMD.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters


FDP-Fraktionsgeschäftsführer